

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 23. November 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Das Berufschicksal der Industriearbeiter. — Zu den Differenzen bei der Firma Kielow in Giersdorf (Kreis Meißel). — Neue Untersuchungen über Aufbewahrung von Sprengstoffen. — Kohlenverteilung und Arbeiterlöhne. — Die tariflich-paritätischen Arbeitsnachweise. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Ein „juristisches“ Gutachten zum Arbeitswilligen-schau. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Grauwade im Oberbergischen. — Seid einig! — Der Erdruß in der Kiesgrube. — Literarisches. — Feuilleton: Für das Recht, zu leben! — Eisenbetonbau. — Gedicht: Das Vermächtnis.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Weber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sesperet sind: Sandtal: Granitwerk Steinerne Renne. — Mühlhausen (Elb): Wertplatz Bröcker. — Giersdorf (Kreis Meißel): Firma Kielow. — Elberfeld: Firma Kerschmar.

Meißen I. Die hiesigen Unternehmer haben die geheime Sperre eingeführt. Die Granitarbeiter haben deshalb Zugang fernzuhalten.

Forbach (Schwarzwald). Bei der Verlängerung der Murgtalbahn wurden die Steinhauerarbeiten vom Generalunternehmer an einen Unteraffordanten namens Trendini übertragen. Die Arbeiter forderten von der Firma Lohngarantie für den Unteraffordanten. Auch konnte noch keine befriedigende Verständigung über den Akkordpreis erzielt werden. Der größte Teil der Kollegen reiste daher ab. Die Kollegen werden ersucht, diesen Hinweis zu beachten.

Dortmund. Der Steinmetz W. Wild aus Reistenhausen fungiert als Zwischenunternehmer bei der Firma J. B. Schroer, Kunststeinfabrik. Sein Auftreten schädigt uns hier sehr. Hoffentlich belästigen ihn die organisierten Kollegen nicht mit Arbeitsangeboten.

Schwarzenbach (Fichtelgeb.). Wegen Differenzen im Arbeitsverhältnis haben am 18. November bei der Firma Künzel & Schedler 47 Handwerksleute die Arbeit niedergelegt.

Das Berufschicksal der Industriearbeiter.

Wie man sich zu den Bestrebungen des Vereins für Sozialpolitik auch stellen mag, es kann nicht bestritten werden, daß dessen führende Männer viel Material zur Beurteilung der Arbeiterfrage herangezogen haben. Aus diesen Materialien und aus den Selbstbeschreibungen der neuesten Zeit unternimmt es Alfred Weber (im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik), ein Bild über das Berufschicksal der Industriearbeiter zu geben. Von einer Lösung der Arbeiterfrage kann man heute nicht reden. Als Resultat der neueren Untersuchungen und Literatur konstatiert er, daß der Einheitsbegriff der Proletarierwelt so energig wie nur möglich festzuhalten ist. Es sei zwar verständlich, daß man häufig von einer Differenzierung der Arbeiterklasse gesprochen habe, aber gefährlich und verwirrend sei es, diese Differenzierung als eine Art von Klassenbildung im Proletariat zu betrachten, als eine Schichtenbildung, die die Klassentrennung zwischen Bürger und Proletariat in den letzteren einfach festsetze, in ihrer Besonderheit also aufhebe und die Trennung der beiden Welten wiederum verwische. Man glaube, daß die Arbeiter von schlechter bezahlten Stellungen nach und nach zu besser bezahlten heraufzögen, sie löse sich in viele Klassen auf und habe die Neigung, allmählich in die bürgerliche Welt hinüberzuführen.

Diese Ansicht sei falsch. Die Entwicklung vollziehe sich vielmehr so, „daß die Gestalt der Arbeitswelt als eines in sich widersprechenden sozialen Lebewesens nicht zerstört wird“. Begründet wird diese Ansicht mit der Tatsache, daß die Gelerntheit abnimmt und daß da, wo hochwertige Leistungen in Betracht kommen, eine Auswahl stattfindet, die jenen Tendenzen entgegenwirkt. Wir sehen keine Entwicklung zu Berufsfamilien, die Schichten bilden und daher in jener Richtung mitwirken können. Die Auswahl findet weniger nach der Herkunft statt, als nach der Begabung. Zu diesen schon mehr bekannten Tatsachen sind neue Erkenntnisse hinzugekommen.

Wo hohe Leistungen und qualifizierte Arbeit nötig ist, da ist ein Verbleiben über das vierzigste Lebensjahr hinaus kaum noch möglich. Dieses Alter stellt den entscheidenden Knick des Berufschicksals dar. Hat ein qualifizierter Arbeiter dieses Alter erreicht, und kommt ein Frost der kapitalistischen Wirtschaft, so wird er leicht herausgeworfen, und er kommt dann kaum noch einmal in eine besser bezahlte Stellung. „Er ist in Gefahr, zu sinken, und in den meisten Fällen sinkt er tatsächlich von da an auch.“

Es ist noch nicht genügend erforscht, wohin sich diese Arbeitskräfte wenden. Weber nimmt an, daß es Berufe gibt, die sich aus diesen herabsinkenden Arbeitskräften mehr oder weniger aufbauen. Nicht alle können Gastwirte, Hausierer, Packer usw. werden. Gleich dem Arbeiter sitzen aber

auch Aufsichtspersonen auf dem absterbenden Ast: der altgewordene Meister in der Eisenindustrie bekommt einen geringeren Lohn als die ausführenden Arbeitskräfte, deren Vorgesetzter er ist.

Bei dieser Entwicklung etwa zu bestreiten wage, der sehe sich nur die Tabellen an, die der Weber'schen Abhandlung eingefügt sind. Von 25 bis zu 40 Jahren ist der Verdienst am größten, er fällt dann sehr rasch. Während zum Beispiel der Unternehmer erst auf die höhere Laufbahn rückt und der Beamte in die höchsten Positionen gelangen kann, geht der Arbeiter den Krebsgang. „Wenn er auf der Höhe seiner geistigen Kräfte steht, dann bricht sein Berufsdasein plötzlich vor ihm zusammen, dann sieht er einen Abgrund, in den er hinabstürzt, oder wenn er besser steht, eine schiefe Ebene, die ihn hoffnungslos schließlich doch da hinabführt. Das Furchterliche ist, daß das Avancieren hier bloß wie ein bloßer, kurzer, starker und verzehrender Rausch der Jugend eintritt, und daß es, wenn der volle Lebensmittag da ist, durch die mageren Suppen, das Fasten und vielleicht das Hungern des Zerbrochenen ersetzt wird.“ Kein Wunder also, daß die gesamte Arbeiterklasse so schlecht auf die heutigen Wirtschaftsverhältnisse zu sprechen ist. Auf die Frage nach dem Arbeitsziel hat ein Arbeiter geantwortet:

Im Jugendglanze meiner Jahre
Triebst du dein schönes Spiel mit mir,
Daher wird ich kommen auf die Bahre,
Noch ist es Zeit zu fluchen dir.

Nach einer Reihe von Erörterungen über die früheren und neueren Verhältnisse kommt Weber zu bemerkenswerten Ergebnissen. Unter anderem, was dieses Leben (allgemein betrachtet) doch wertlos macht, was es zu einem bloßen Kraftverbrauch und nicht zu einer Kraftentladung stempelt, was über dasselbe die Atmosphäre der Dumpsheit und Müdigkeit, die uns ertötet, breitet, und was über jedes typische derartige Schicksal dieser ungelerten Masse den gleichen grauen Nebelschleier wirft, das ist, daß ihre Existenz tatsächlich beinahe gänzlich passiv ist, daß ihr Schicksal ein Hingetriebenwerden oder Hingenommenwerden von dieser und jener Gelegenheit, ein Mitgehen an jeder Straßenecke ist, kein Verstummen irgendwelcher Zusammenfassung der Lebensmomente von irgendeinem Zentrum, ein absolut organisches Hinleiten durch bestimmte Tatsachen, Möglichkeiten, Richtungen und Plätze, ohne daß daran mehr als der langsame Verbrauch der eignen Kraft und des eignen Lebens folgt. „Das Berufschicksal dieser gänzlich ungelerten Massen ist nicht arm, aber innerlich zerbrochen. Es ist wie eine ganze Reihe angehängelter halber, unverbundener Töne, dem wirren Spiel einer schlaftrunkenen müden Phantasie vergleichbar. Man kann es höchstens als Karikatur eines wirklich reichen Daseins ansehen. Und nur, wo es durch einen Schimmer von Poesie und einen irgendwie gewollten Lebenston bekommt, erhält es auch etwas, was wie eine gewisse ganz schwache Kulturbedeutung ausstrahlt.“

Der heutige Fabrikfachmann angelernter Qualität klebt ganz beängstigend an dem Stiel Maschine und an ihren innerlich so inhaltslos oder wenigstens eng gewordenen Stücken Arbeit. Diese Leute können mit der speziellen Arbeitsfähigkeit, die sie erworben haben, kaum sonstwo etwas anderes anfangen. Sie können das neue Erlernen des geringen Lohnes wegen nicht ertragen, außerdem sind ihnen die neuen Einübungen lästig.

Anders ist dies bei dem Typ des Feinmechanikers, Monteurs der Elektrotechnik, Optik und andern Berufen. Eine Mehrzahl von Arbeitsinhalten ist jeweils in einer einzigen Arbeitsstellung derart zusammengelegt, daß ein reicheres Lebensinhalte im Beruf liegt und eine örtliche Vermannigfaltigung der Anwendbarkeit hervorhebt. Wenn auch aus der langen Lehrszeit die Gebundenheit an den Beruf von selber folgt, so ist doch die Stellen- und Ortsbeweglichkeit als Ausgleich dafür hier garantiert. Solange nun diese Kategorie in ihrer hochgelerten Arbeit steht, ist ein leidliches Sichaushalten der Lebenskräfte möglich. Aber auch sie sind bedroht, in dem Moment herabgestoßen zu werden, wo die Leistungsfähigkeit erschöpft ist. Und wenn sie sinken, dann ist es auch mit ihnen aus, dann wird der dumpfe, müde Raum der andern auch der ihre, und das Gespenst, das über dem Gesamtschicksal der Klasse steht, wird auch ihr Begleiter.

Allen denen, die an der Klärung dieser Zustände mitarbeiten, erwächst aus diesen Tatsachen ein Problem. Wie könnte dieser Verlauf der Dinge geändert, verbessert werden? Könnte er durchbrochen werden? Nach dem Vorbilde der Beamten wäre ein Anhaltspunkt darin gegeben, daß die Arbeitszeit nach für allemal festgesetzten Bedingungen beschränkt würde und nicht mehr, wenn die Kräfte sinken, die Arbeiter ohne weiteres in schlechtere Arbeitspositionen herabgestoßen werden könnten.

Damit aber brächte man das ganze heutige System ins Wanken, das doch gerade darauf beruht, daß an Stelle der entwerteten Arbeitskräfte neue, vollwertige gesetzt werden. Und was man auch sonst noch vermeiden wollte: Die Bannung an den einzelnen, entleerten Arbeitsakt würde man geradezu festlegen, wenn keine Sicherung ohne Bindung an entleerte Arbeitsakte möglich ist. Alles dem Zufall überlassen? Die Kräfte, die in den Massen schlummern, noch stärker als heute zu verbrauchen, anstatt zu entwickeln?

Nach Sicherung und Bindung zeigen viele Wegweiser hin. Namentlich in den kleineren und mittleren Städten

mit Industrien, wo der Arbeiter den kleinen Beamten und den Kleinbürgerlichen Typus vor sich hat. So z. B. der Pforzheimer Bijouteriearbeiter, der Offenburger Portefeuille, der Meiningener Porzellanarbeiter, der Feinmechaniker von Zeiß. Ihr Dasein ähnelt noch alten Formen, in das sie sich ausstrahlen und in dem sie sich fest verwaschen können. In den großen Arbeitsmärkten unserer Riesstädte würden wir aber das Wesen des Arbeiterchicksals fälschen, wenn wir es mehr als nötig an die Stelle fesseln würden. „Den Arbeiter, der gefettet an die einzelne Arbeitsstelle des Apparats, diese mit Gartenlaubbestimmung zu umgeben und zu füttern genötigt ist, diesen Arbeiter schaffen, heißt in Formen einer häßlichen Groteske, die wirtschaftliche Entwicklung fälschen und ihn selbst innerlich zerbrechen.“ Eine richtige Fortbildung erblickt Weber darin, dieses Schicksal zu einem gegenüber dem Apparat freien Berufschicksale zu gestalten und zu versuchen, in dieses Schicksal doch die positiven Gestaltungsformen hineinzubetten, die es zu einem menschlich erträglichen und kulturell nicht wertlosen erheben.

Die Schrecken der Berufskurve, die mit dem 40. Lebensjahre beginnen, könnten wir nicht durch Verdiensterhöhung bannen, da sie dem heutigen Wirtschaftssystem entgegenstehen. Wenn wir keine Verbeamtung wollten, bliebe nur die Rente übrig. Sie soll dem Arbeiter, wenn er erwerbsunfähig wird, einen regelmäßigen Bezug zuführen, der aus irgendeiner Versicherung, die er in seinem früheren Leben vorgenommen hat, sich ergibt, und der also ein Hinübergehobenwerden von Teilen seines früheren Verdienstes in sein höheres Alter bedeutet. Am zweckmäßigsten erscheint dem Verfasser ein Vorschlag aus Arbeiterkreisen, der in Anlehnung an die Konsumvereine die Altersversicherung für diese Zwecke fortzubilden und sie dieser Altersversicherung auf den Erlebensfall nutzbar zu machen. So sympathisch ihm der Gedanke der freien Selbstversicherung auch sei, so müsse er doch sagen, nur ein Teil könne dies tun. Das schmale Auskommen der übrigen reiche dazu nicht aus.

Als Ergänzung, vielleicht als das Wichtigere, sieht er nur einen Ausweg, den Ausbau unserer schon bestehenden staatlichen Zwangsversicherung, mit dem ausgeprochenen Zweck, die schmachvolle Situation zu beseitigen, durch die der ältere, nicht mehr vollwertige Arbeiter ad nutum (auf den Willen gehorchen) des Unternehmers gestellt wird, eine Rente, die ihm einfach a conto eines bestimmten Alters zufließen, und die ihm gegenüber der Eventualität der Entlassung ein stärkeres Rückgrat und bei dem Ausgedrängtwerden aus den besseren Stellen eine Ergänzung seines verminderten Einkommens bieten würde. Eine Rente, etwa vom 55., besser aber vom 50. Jahre an, ergänzt für frühere Jahrgänge, soweit es geht, durch freie Privatinitiative. Einen Lohndruck — wie Jaffé hervorhob — fürchte er nicht. Eine solche Rente würde das Rückgrat der betreffenden Arbeiter stärken, nur müßten die Organisationen darauf sehen, daß irgendwelche doch vorhandene Schwachheiten der Bezugsberechtigten von den Unternehmern ausgenutzt werden könnten. Diese Rente wäre kein Ideal, sie hätte aber doch den Vorteil, daß sie die Freiheit des Arbeiters trotz Sicherung seiner Existenz hinsichtlich des Arbeitsplatzes und der Arbeitsart aufrecht erhielt.

Heute möchte der Unternehmer den Arbeiter so lange behalten, als es ihm vorteilhaft erscheint. Er ist deshalb ein Gegner häufiger Wechsel. Der an die Stelle gebundene Arbeiter sei produktiver als der wechselnd benutzte. Diese das Berufschicksal des Arbeiters angehende Meinung sollte zu neuen Untersuchungen führen: Wie wirkt der Arbeitswechsel auf die Produktion? Nicht nur das Nichtstun stärke, auch die Abwechslung wirke nach Umständen produktionssteigernd, zu einer richtigen Beurteilung fehlt aber noch die nötige Erfahrung.

Früher war die Ausbildung der jugendlichen Arbeitskräfte nicht nur auf die Bewertung, sondern auch auf die Entfaltung berechnet. Durch neue Maßnahmen müssen wir dahin kommen, daß heute der Entfaltung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Lebensunterlage muß so gestaltet werden, daß eine mannigfachere Arbeitseinstellung möglich ist.

Den Organisationen weist Weber die Aufgabe zu, mitzuwirken, daß Berufswechsel stattfinden könne, die zünftliche Abgeschlossenheit zu bekämpfen, für Berufswechsel sollen sie wirtschaftliche Unterlagsbedingungen schaffen. „Das ist eine schwere, aber auch eine für das künftige Arbeiterleben geradezu entscheidende Funktion.“ Auf berufshygienischem und geistigem Gebiet sollte man ein Gegenwartsprogramm aufstellen.

Zu den Differenzen bei der Firma Kielow in Giersdorf (Kr. Meißel).

Vor mehreren Monaten hatte sich ein Teil der Kollegen von Giersdorf der Organisation angeschlossen. Die Schleifer hatten schon seit einiger Zeit sehr schlechtes Schleifmaterial. Wiederholt wurde der Schleifermeister darauf aufmerksam gemacht, daß mit diesem Material keine tadellose Arbeit herzustellen sei. Es blieb immer bei den Versprechungen. Trotzdem die Schleifer das Material bezahlen mußten, trat eine Änderung nicht ein. Daß unter diesen Umständen eine Mißbilligung unter der Arbeiterschaft vorhanden war, ist erklärlich.

Als vor kurzem der Schleifer F. (Kassierer der Zahlstelle) sein Stiel abgeben wollte, verlangte der Schleifermeister, er solle noch einige Stunden daran arbeiten, trotzdem er schon länger als üblich an dem Stiel gearbeitet hatte. Er nahm den Schleifermeister am

Arm und sagte, er solle es ihm zeigen, wie mit diesem Material andre Arbeit zu liefern sei. Darüber geriet der Herr in große Erregung, drohte dem Schleifer und rannte sofort zum Geschäftsinhaber. Herr Kielow stellte den Schleifer zur Rede; da stellte sich heraus, daß der Schleifermeister die Sache ganz anders als vorgefallen, geschildert hatte. Als der Unternehmer die ganze Sache angehört, ging er zu den andern Schleifern, wo ihm sofort wieder Vorhaltungen wegen des schlechten Materials gemacht wurden. Da erklärte Kielow: „Wem es nicht paßt, der gehe vier Wochen nach Hause.“ Die Schleifer nahmen dazu Stellung und verließen den Betrieb. Herr Kielow hatte nun nichts Giltigeres zu tun, als sofort eine Anzahl Schriftstücke anzufertigen und dieselben in den Gasthäusern usw. auszuhängen, in denen er erklärte, daß die Leute im Steinarbeiterverband organisiert sind und allem Anschein nach in einem allgemeinen Streik eintreten werden. Gleichfalls forderte er die Geschäftsleute auf, den Streikenden Kredit (der gar nicht beansprucht war) nicht zu gewähren, da dadurch die Arbeiter in ihrem ungeschützten Zustand (1) Vorgehen unterstützt würden, und er die Geschäftsleute vor Schäden bewahren wolle. Die Arbeiter sind natürlich über diese Maßnahmen nicht besonders erbaut gewesen.

Als Gauleiter Steininger, um die Differenzen beizulegen, bei der Firma vorstellig wurde, erklärte Herr Kielow, überhaupt nicht zu verhandeln, „mit Ihnen lasse ich mich nicht ein.“ Auch die Versuche, auf schriftlichem Wege eine Einigung zu erreichen, nützte nichts. Auf telephonische Anfrage gab er überhaupt keine Antwort mehr. Kielow stellte noch die Forderung auf, wer aus der Organisation austritt, könne wieder Arbeit erhalten, drohte mit einer Schadenersatzklage, kündigte einem Teil der Steinmehrer, nahm aber die Kündigungen der andern, die Montags eingereicht wurden, nicht an unter Berufung auf die Arbeitsordnung, die vorseht, daß nur am Lohnstage gekündigt wird.

In der Versammlung wurde den Schleifern anheimgestellt, eventuell die Arbeit aufzunehmen, da besseres Schleifmaterial da sei, auch die Sache kaum der Mühe wert sei, den Kampf aufzunehmen. Die Schleifer waren damit einverstanden, fragten um Arbeit an, stellten jedoch die Bedingung, daß die Steinmehrer, denen gekündigt war, im Betriebe bleiben. Kielow stellte sämtliche Streikenden wieder ein, nur den Kassierer der Zahlstelle nicht; versicherte auch, daß die Steinmehrer wieder weiterarbeiten könnten. Kielow hat sich das wieder anders überlegt, und als die Kündigung abgelaufen war, drei Steinmehrer, darunter den Vorstehenden der Zahlstelle, der 18 Jahre im Betriebe arbeitete, entlassen. Herr Kielow, der im Verband deutscher Granit- und Schleifereien organisiert ist, will seinen Leuten das Koalitionsrecht verkümmern. Ob es ihm gelingen wird, ist eine andre Frage, der wir ruhig entgegensehen. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, ihre gesetzlichen Rechte der Laune eines Unternehmers wegen aufzugeben. An alle Arbeiter der Steinindustrie richten wir das Ersuchen, die Firma Kielow so lange zu meiden, bis alle am Orte Anhängigen wieder eingestellt sind. Kollegen, meiðel Giersdorf (Kreis Reife) in Schlesien.

Neue Untersuchungen über Aufbewahrung von Sprengstoffen.

Nachdruck verboten.

ATK. Im Deutschen Reiche ist die Aufbewahrung und Handhabung der Sprengstoffe durch gewerbepolizeiliche und strafrechtliche Bestimmungen geregelt, und zwar ist namentlich das Gesetz vom 9. Juni 1884 maßgeblich. Dieses Gesetz ist schon vielfach kritisiert worden, weil es einerseits viel zu streng ist, andererseits nur einen unvollkommenen Schutz gewährt, da es sich nur auf die Sprengstoffe und nicht auf die Einzelbestandteile derselben bezieht und den Gewerbetreibenden, insbesondere den Bergbau, schädigt. Aber auch andre Staaten haben den Gebrauch von Sprengstoffen gesetzlich geregelt, so z. B. Belgien im Jahre 1881 und England 1883.

Eine große Freiheit herrscht hinsichtlich der Anwendung von Sprengstoffen in Amerika. Der Staat ist aber bemüht, die Gewerbetreibenden durch praktische Vorbehalte, die durch eine speziell für diesen Zweck eingesetzte Behörde bewirkt werden, in besonderem Maße zu unterrichten. Das vor kurzem organisierte Bureau of Mines hat allerdings nicht, wie die Behörden der Großstaaten Europas, die Macht, den Gebrauch bestimmter Sprengstoffe zu verbieten oder vorzuschreiben, aber es widmet sich dem Studium aller Probleme des Bergbaues und des Steinbruchbetriebs und veröffentlicht in sogenannten Bulletins die Resultate seiner Untersuchungen. Eine dieser Schriften behandelt die Magazine für Sprengstoffe. Die Verfasser dieser Schrift, Clarence Hall und S. P. Howell, beschreiben die Praxis in den Vereinigten Staaten, wie in den andern Kulturstaaten und kommen zu dem Ergebnis, daß eine aus sechs Teilen Sand und einem Teil Zement bestehende Mischung das beste Baumaterial für Sprengstoffmagazine bilde; und zwar soll dieses Material nicht nur für die Mauern, sondern als Füllmaterial auch für die Herstellung der Dächer und Türen Anwendung finden. Die aufgespeicherten Sprengstoffe würden so in geeigneter Weise geschützt, es würde die Gefährdung der benachbarten Grundstücke in ganz bedeutendem Maße eingeschränkt, doch müßte natürlich an der Praxis festgehalten werden, Magazine und Aufstauhäuser in angemessener Entfernung von andern Häusern zu errichten.

Es muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die Magazine gegen das Eindringen von Kugeln, gegen die Entstehung von Feuer und gegen Blitzegefahr gesichert werden, ferner aber auch gegen den Eintritt unbefugter Personen. Man machte eine große Reihe von Versuchen, um festzustellen, welche Materialien Gewehr- und Artilleriekugeln den größten Widerstand entgegensetzen. Bekanntlich bildet Sand, der in den Hohlraum zwischen einer äußeren und inneren Mauer eingefüllt wird, ein geeignetes Material. Das wurde aber vom Bureau of Mines verworfen. Sehr leicht könnte, zumal beim Anprall von Gewehr- und Artilleriekugeln, der Sand durch Mauerreife dringen und auf den Fußboden des Magazins fallen, also eine zweifelhafte Sicherheit bieten. Außerdem ist aber griesiges Material für den Hohlraum eines Magazins in jedem Fall zu verwerfen. Die Versuche mit Mineralwolle lieferten auch kein gutes Resultat; sie vermag das Eindringen von Flintenkugeln nicht zu verhindern.

Um man die guten Eigenschaften des Sandes zu nutzen, setzte man ihm Portlandzement zu und bildete so einen mageren Zementmörtel. Auf diese Weise wurde der Sand im Hohlraum der Mauern festgehalten, bildete aber doch mit dem Zementmörtel eine zerreibliche Masse, die namentlich beim Einschlagen von Flintenkugeln unter Umständen zertrümmert werden kann. Das war jedoch nur eine Annahme; praktische Versuche mit diesem Material lieferten jedoch ganz überraschend günstige Resultate. Das Bureau of Mines errichtete nun mit einem Kostenaufwand von 1280 Mk. ein Magazin, für welches magerer Zementmörtel als Füllung Verwendung fand, und das eine Fassungsvermögen von 9000 bis 13500 Kilogramm besitzt.

Der Zementmörtelbau widersteht wirklich dem Eindringen von Gewehr- und Artilleriekugeln, und seine Eigenschaften, bei scharfem Angriff zu zerbröckeln, bietet im Falle einer Explosion noch den Vorteil, daß keine großen Steinmassen über das Nachbargebiet geschleudert werden. Das Dach ist feuerbeständig mit galvanisiertem Eisen abgedeckt, das zu gleicher Zeit ein ausgezeichnetes Schutzmittel gegen Blitzschlag bildet, wenn die vier Ecken des Gebäudes in geeigneter Weise mit dem Erdboden durch Metallstäbe verbunden sind. — Auch die Frage der angemessenen Lage des Sprengstoffschuppens wird eingehend behandelt und es wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland, England, Desterreich und Italien bestimmte Entfernungen zwischen Sprengstoffschuppen und Nachbargebäuden vorgeschrieben sind.

Das Bulletin behandelt ferner das Auftauen der Sprengstoffe. Zum Auftauen von Sprengstoffen soll eine Temperatur von nicht mehr als 32 Grad Celsius angewandt werden. Auf alle Fälle sind Sprengstoffe gegen Feuchtigkeit und hohe Temperatur zu schützen, auch darf ein Sprengstoff nie zum Auftauen vor ein Feuer oder in die Nähe eines Kessels oder auf Dampfzylinder gebracht werden, auch in heißem Wasser darf er selbstverständlich nicht aufgetaut werden. Wir können diese Mitteilungen unserer amerikanischen Quelle durch Ausführungen ergänzen, die wir einem deutschen Elektro-

ingenieur verdanken und die speziell die Vorwärmung des Dynamits betreffen.

Das Auftauen des Dynamits ist bekanntlich deshalb notwendig, weil dadurch die Sprengwirkung erhöht wird. Schon bei 8 Grad Celsius kristallisiert das im Dynamit enthaltene Sprengöl und verliert seine Sprengwirkung, weil eben der Uebergang in den gasförmigen Zustand, welcher die Sprengwirkung hervorbringt, erschwert wird. Ein Liter Sprengöl entwickelt etwa 1150 Liter Gas, ein Kilogramm Sprengöl etwa 730 Liter Gas, und da das Dynamit ungefähr 75 Prozent Sprengöl enthält, so entwickelt ein Kilogramm Dynamit 550 Liter Gas. Wenn jedoch die Expansion nicht momentan erfolgt, so geht eine einfache Verbrennung vor sich, und die explosive Wirkung bleibt aus. Ueber dem Kristallisationspunkt steigt die Schnelligkeit der Expansion, also auch die Sprengwirkung, mit zunehmender Temperatur des Dynamits, daher die Notwendigkeit, durch das Auftauen eine möglichst hohe Temperatur zu erzielen.

Nun ist es im wirtschaftlichen Bergwerksbetriebe nicht möglich, das benötigte Dynamit für die ganze kalte Jahreszeit vor dem ersten Frostwetter zu beschaffen und längere Zeit hindurch gegen Frost zu schützen. Man benötigt daher eine Vorrichtung zum Auftauen des erstarrten Dynamits. Die bisher gebräuchlichen Vorrichtungen hatten jedoch fast alle eine unzuverlässige Konstruktion und verursachten aus diesem Grunde häufig Unfälle. Die Höchsttemperatur, auf welche das Dynamit zu erwärmen ist, nimmt man zu etwa 40 Grad Celsius an. Der Auftauapparat muß also einesseits Garantie dafür bieten, daß das Dynamit nicht über 40 Grad erwärmt wird, andererseits ist es erforderlich, daß die zugeführte Wärmemenge regulierbar sei.

Die bisher im Gebrauch gewesenen Auftauapparate (Thermophore und Warmwasserbehälter) hatten den großen Nachteil, daß sie während ihrer Verwendung von außen nicht geheizt werden konnten. Diese Vorrichtungen arbeiteten nämlich mit einer erwärmten Flüssigkeit, und wenn diese Flüssigkeit sich abkühlte, war die Wirkung des Apparates nicht zuverlässig. Man konnte nämlich die Beurteilung dessen, ob das Wasser oder sonstige Flüssigkeit noch warm genug sei oder nicht, unmöglich den einfachen Arbeitern anvertrauen, welche mit diesem Apparate zu tun hatten.

Die Siemens-Schudert-Werke haben neuerdings eine elektrische Dynamitwärmevorrichtung auf den Markt gebracht, welche allen erwähnten Anforderungen entspricht. Die Verbreitung dieser elektrischen Auftauapparate ist schon durch den Umstand gesichert, daß heutzutage in fast allen Bergwerken, die modern eingerichtet sind, elektrische Energie zur Verfügung steht. Die Erwärmung des erstarrten Dynamits geschieht unter Ausschluß jedweder Explosionsgefahr in der Weise, daß das Wasserbad, in welchem das Dynamit erwärmt wird, von unten eine elektrische Heizung erhält. Die Temperatur wird dabei innerhalb der zugelassenen Grenze gehalten.

Der Apparat besteht aus einem doppelwandigen Eisenblechgefäß, welches auf einem schmiedeeisernen Gestell ruht, und ist mit einem hölzernen Deckel versehen, welcher letzterer luftdicht aufweist. Die ganze Konstruktion ist leicht gehalten, so daß der Apparat ohne Schwierigkeiten von einem Ort zum andern transportiert werden kann. In das innere Gefäß legt man das erstarrte Dynamit, während das äußere Gehäuse das Wasserbad aufnimmt, so daß das innere Gefäß von allen Seiten und von unten mit einer Wasserschicht von 30 bis 50 Millimeter Mächtigkeit umgeben ist. Im Doppelboden des äußeren Gefäßes befindet sich, geschützt vor Staub und Feuchtigkeit, der elektrische Heizkörper, so verteilt, daß das Wasserbad gleichmäßig erwärmt wird. Zur weiteren Ausrüstung des Apparates gehört ein Wasserstandanzeiger nebst einer Öffnung zum Nachgießen von Wasser, ferner drei Federkontakte zur Stromzuführung und ein Kabelanschlussschutz.

Kohlenverfeuerung und Arbeiterlöhne.

Die Kohlen werden teurer. Und gleichzeitig tauchen in der bürgerlichen Presse — bei der größeren meistens im Handelsteil — wieder Mitteilungen auf über angeblich fortgesetzt und stark steigende Arbeiterlöhne im Bergbau. Damit soll der Anschein erweckt werden, als ob die neuerlichen Preiserhöhungen für Kohlen, Koks und Breiwerkstoffe vornehmlich für die Erhöhung der Arbeiterlöhne verwandt würden. Wenn wahr wäre, könnte sich die Allgemeinheit wenigstens in dem Bewußtsein mit der Preissteigerung für Brennstoffe abfinden, daß die Mehreinnahmen der Zechenbesitzer wesentlich den Hunderttausenden Werksarbeitern und indirekt wieder der auf deren Kundschaf angelegenen breiten Schicht der kleinen und mittleren Geschäftsleute zugute käme. Leider sind diese Lohn-erhöhungsmaßnahmen nicht wahr.

In Oberschlesien haben zwar Delegiertenkonferenzen der nationalpolnisch organisierten Industriearbeiter eine Lohnangelegenheit beschlossen, in dessen drängen nicht alle die von der „polnischen Berufsvereinigung“ beauftragten Arbeiterschüsse den Mut auf, die Forderungen zu vertreten. Die Berufsvereinigung verfügt in Oberschlesien über die relativ größte Mitgliederzahl und vor allen Dingen über die ausgebreitetste Presse. Die übrigen Arbeiterorganisationen in Oberschlesien sind von der Berufsvereinigung ignoriert worden, wohl weil sie glaubte, ohne Eröffnung eines Kampfes entgegenkommen bei den Zechenbesitzern zu finden. Dies Entgegenkommen ist ausgeblieben. Die ober-schlesischen Arbeiter warten darauf, was denn nun die polnische Berufsvereinigung tun will.

Inzwischen werden Zeitungsnachrichten über „hohe“, steigende Löhne“ der ober-schlesischen Arbeiter lanciert. Die Löhne seien immer höher gestiegen, sie nähmen einen immer größeren Teil des Verkaufserlöses in Anspruch. Das ist einfach nicht wahr! Nach den eigenen Berichten des ober-schlesischen Vereins der Bergwerks- und Hüttenbesitzer betragen die Lohnkosten von den als „Wert der Kohlenförderung“ angegebenen Summen:

1885: 47,39 Proz., 1890: 45,18 Proz., 1911: 42,90 Proz.

Der Anteil der Arbeiterlöhne an den Förderwerten ist danach ganz erheblich gefallen. Den „Durchschnittswert“ der geförderten Tonne Steinkohle gibt die ober-schlesische Werkvereinstatistik mit 8,35 Mk. an (1885 betrug er 3,71 Mk.). Als durchschnittlicher Verkaufserlös wird 8,78 Mk. angegeben. 70 Prozent der Förderung sind per Eisenbahn abgesetzt worden. Die allermeisten Abnehmer ober-schlesischer Kohlen werden erkannt sein, zu vernehmen, daß der Verkaufserlös pro Tonne (20 Zentner) nur 8,78 Mk. betragen hat. Das sind nicht einmal 45 Pfg. pro Zentner, während tatsächlich die breite Masse der Verbraucher pro Zentner 80—100 Pfg. zahlt. Wie die niedrigen „Durchschnittserlöse“ zustande kommen, ist schleierhaft. Von diesen Durchschnittserlösen haben die ober-schlesischen Bergleute heutzutage nachgewiesenermaßen geringeren Lohnanteil wie früher.

Die absoluten Löhne stehen in Oberschlesien miserabel, zumal, wenn man bedenkt, daß in keinem Industriegebiet Deutschlands die Schichtzeit so lang und die Arbeitsleistung so hoch ist, wie in Oberschlesien. Der Durchschnittslohn der dortigen Kohlenbergleute betrug im 2. Quartal d. J. nur 3,64 Mk. für die meistens neun- bis elfstündige Schicht. Die höchstgelohnte Hauerkategorie erhielt nur durchschnittlich 4,22 Mk.! Demnach erhalten die meisten Hauer und Schleppler nicht einmal 4 Mk., wer weiß, wie viele Tausende kommen nur an 3,50 Mk.! Dafür müssen sich die Leute 9, 10, teilweise 12 Stunden in der Tiefe abfinden.

Da die Nahrungsmittelpreise im dichtbevölkerten, landwirtschaftsarmen ober-schlesischen Industriegebiet großstädtische Höhe erreicht haben, gehört schon eine gute Portion Unverschämtheit dazu, zu behaupten, die ober-schlesischen Arbeiter känden sich wirtschaftlich nicht schlecht. Die Lage der großen Mehrzahl ist in Wirklichkeit miserabel. Die ober-schlesischen Werkbarone erfreuen sich reichlich steigender Einnahmen, die Abschlässe der Werke beweisen es, die durchweg begehrenden Lohnforderungen der Arbeiter sind abgelehnt worden. Trotzdem sind die Zechenblätter dabei, die wiederholten Kohlenpreiserhöhungen als die Folge „stark steigender“ Lohnkosten hinzuzufügen. Wegen der Arbeiterlöhne sind die Kohlen nicht so

verkauert worden! Das muß vor der Öffentlichkeit ausbrütlich festgestellt werden.

Daselbe trifft zu für die starken Kohlenpreiserhöhungen im Saargebiet und im Ruhrgebiet. Der Durchschnittslohn der fiskalischen Saargebireute ist von 4,14 Mk. im vierten Quartal 1911 auf 4,17 Mk. im zweiten Quartal 1912 „gestiegen“, um sage und schreibe 3 (drei) Pfennig pro 8½stündige Schicht. Die erste Hauerkategorie (Hauer) (sagt durchweg) Akkordlohn von 4,60 auf 4,70 Mk. „verbessern“, womit nicht einmal die Fleischpreiserhöhung gedeckt wurde. Demgegenüber melden dienstbeflissene Zeitungen, unter den Hauern seien viele, die über 6 Mk. Lohn hätten. Es soll nicht bestritten werden, daß Löhne von 6 Mk. vorkommen, aber wie viele sind es von den 25000 Hauern und Schlepplern im Saargebiet, die sie verdienen? Die „höchsten Löhne“ werden im Falle die Arbeiter Lohnforderungen stellen, gegenseitig immer der Öffentlichkeit unbedeckt, um das Begehren der Arbeiter als ein „ungerechtfertigtes“ zurückzuweisen. Ein ganz geringer Prozentsatz der Arbeiter bekommt „Parade Löhne“, durchaus nicht immer für außergewöhnliche bessere Leistungen, sondern aus andern Gründen, z. B. neuerdings für Förderung der Selben. Die größte Zahl der Bergarbeiter bekommt sicher weniger als 4 Mk. täglichen Lohn. Diese geringen Löhne erklären zur Genüge, daß Tausende von Saargebireuten auswandern und vielfach ihr sauer erspartes Gutes im Stich lassen. In manchen Bergmannsorten an der Saar ist die Arbeiterflucht schon so groß geworden, daß ganze Häuserreihen leer stehen, und viele Geschäftsleute ihren Bankrott vor Augen sehen. An eine energische Bewegung der Saargebireute für ausreichende Lohn-erhöhung ist auf lange Zeit nicht zu denken, nachdem die Organisierung des christlichen Massenstreikbruchs im Ruhrgebiet eine große Organisationsunlust in den Belegschaften erzeugte und überall den Grubenherren das Mißglat anherberordentlich gekostet hat. Niedergeschlagen und unwillig über das bespellose Treiben der christlichen Gewerkschaftsleitung verließen Tausende von Saargebireuten den Gewerksverein. Er hat heute im Saargebiet längst nicht mehr die Hälfte des früheren Mitgliederstandes. Es ist schon darum sehr wahrscheinlich, daß die fiskalische Bergwerksverwaltung von der beschlossenen Kohlenpreiserhöhung, die sich auf fast 1 Mk. pro Tonne inklusive Rabattabzug beläuft, den Arbeiterlöhnen nur einige Pfennige zuzuwenden wird.

Ebenso wenig erhalten die Ruhrbergleute für ihre schwere Arbeit einen gerechten Anteil von den enormen Kohlen-, Koks- und Breiwerkpreiserhöhungen. Ein Zechenblatt verbreitet jetzt die Behauptung, der Arbeitermangel der Ruhrzechen sei so stark, daß die Löhne eine „große Steigerung erfahren“ hätten. Löhne für Kohlenhauer von 8—9 Mk. pro Schicht, „sogar 10 Mk. sind heute keine Seltenheit mehr.“ Die Zechenbesitzer wollen mit solchen Nachrichten ihre unerhörten Preiserhöhungen vor der Öffentlichkeit rechtfertigen. Wenn nun aber wirklich infolge Bergmannsglück „stellenweise“ Löhne von 8, 9 und 10 Mk. pro Schicht erreicht werden, was auch in weniger guten Geschäftszeiten vorkommt, wieviele Arbeiter können da in Betracht kommen? Es waren im 3. Quartal 1912 auf den Ruhrkohlenwerken 372961 Arbeiter beschäftigt. Davon kommen nur rund 186000 auf die Hauer- und Schlepplerklasse mit den höchsten Löhnen. Diese Arbeiterklasse erzielte im 2. Quartal 1912 nur einen Durchschnittsakkordlohn von 5,97 Mk. pro Schicht. Dieser Lohn stand noch um 17 Pfg. pro Schicht niedriger wie Ende 1907. Im Vergleich zu dem Lohn im zweiten Quartal 1911, d. h. im Laufe des ganzen Jahres, ist der Hauerlohn nicht einmal um 9 Prozent gestiegen! Die nicht der Hauer- und Schlepplerklasse angehörenden erwachsenen Arbeiter brachten es nur durchschnittlich auf 4,30 bzw. 4,16 Mk., ein Lohn, der erst recht als durchaus unaußersächlich bezeichnet werden muß. Wo der Lohn der 1. Arbeiterklasse (Hauer und Schleppler) zurzeit vielleicht durchschnittlich auf 6,20 Mk. steht, da versteht es sich wegen der Art der Durchschnittsrechnung von selbst, daß mindestens die Hälfte dieser Arbeiterklasse noch keine 6 Mk. erhält, viele Tausende weit darunter bekommen. Wären die Schichtverdienste von 8 bis 10 Mk. nennenswert vertreten, dann würde ein Durchschnittslohn von circa 7 Mk. herauskommen. Das ist selbstredend ausgeschlossen.

Die sich die „Lohnsteigerung“ in Wirklichkeit vollzieht, dafür erbringt der Geschäftsbericht der Zeche Adler im Revier Werden einen lehrreichen Beleg. Das Werk hat circa 850 Mann Belegschaft, fördert eine gute Magerkohle. Die Belegschaft, zumeist christlich organisiert, schloß sich dem Streik im März fast gar nicht an, im Vertrauen auf „freiwilliges Entgegenkommen“ der Betriebsverwaltung. Nun veröffentlicht diese ihren Geschäftsbericht. Danach betragen:

	3. Quartal 1912	3. Quartal 1911
Einnahme pro Tonne geförderter Kohle	10,80 Mk.	9,43 Mk.
Durchschnittslohn pro Schicht	5,02 „	4,91 „

Infolge der ab 1. April d. J. eingetretenen Preiserhöhungen hoben sich die Zecheneinnahmen im 3. Quartal 1912 um 1,37 Mk. pro Tonne gegen die gleiche Zeit des Vorjahres. Die Arbeiterlöhne „stiegen“ in derselben Zeit nur um 11 Pfg. pro Schicht!

Dies Beispiel zeigt, wie färschlich die Vertrauensseligkeit der christlich Organisierten von der Betriebsverwaltung belohnt wird, auch, welche kolossalen Mehreinnahmen die Zechenbesitzer nun haben. Der Arbeiterlohn „stieg“ nicht mal um 3 Prozent, die Einnahmen pro Tonne Kohlen vermehrten sich um mehr als 14 Prozent!

Der christlich-nationale Bergknappe muß auch zugestehen, daß „die Kohlenpreiserhöhung in erster Linie zur Erhöhung der ohnehin schon befriedigenden Gewinne“ benutzt worden ist. Eine späte Einsicht! Das Unternehmertum war nie anders: Die Kohlenpreise werden erhöht, die Werte machen Riesenerlöse und die niedergeschlagenen Arbeiter müssen vorlieb nehmen mit „Lohn-erhöhungen“, deren Winzigkeit im schreienden Mißverhältnis zu den enormen Ueberschüßsteigerungen steht!

Die tariflich-paritätischen Arbeitsnachweise

sind fortgesetzten Angriffen ausgesetzt, neuerdings ist es der Vorstehende des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin, Dr. Freund, der um die Palme ringt. Er folgt den Spuren des preussischen Ministers des Innern, der bekanntlich den Passus, daß Organisierte bei der Arbeitsvermittlung den Vorzug haben sollten vor Unorganisierten, im Statut des paritätischen Arbeitsnachweises der Maler in Hannover gestrichen haben wollte. Er stellte die Alternative: falls dem nicht nachgegeben würde, ist diesem Malernachweis der Raum im Gebäude des städtischen Arbeitsnachweises zu entziehen. Bisher hatte Dr. Freund den Standpunkt vertreten, daß derartige Abmachungen in das freie Ermessen der beiderseitigen Organisationen gestellt werden müssen, und sogar noch auf dem Verbandstag der Arbeitsnachweisvereine hatte er sich dahin ausgesprochen. Jetzt greift er die Tariffreiheit der Gewerkschaften an. Der Kampf gilt natürlich im besonderen den freien Gewerkschaften, und sollen für diese Ausnahmebestimmungen bei der Arbeitsvermittlung geschaffen werden. Dr. Freund hat sogar gedroht, mit den Selben und Christlichen das Geplante zur Durchführung bringen zu wollen.

Für die Bewältigung der an die öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweise angefallenen paritätischen Facharbeitsnachweise sollen folgende Grundsätze gelten:

1. Offene Arbeitsstellen und Arbeitsgesuche müssen allen hierzu geeigneten und sich meldenden Personen zugänglich gemacht werden.
2. Eine grundsätzliche Bevorzugung bestimmter Personenteile, sei es unter den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, bei der Durchführung der Arbeitsvermittlung ist unzulässig. Dies schließt nicht aus, daß — nach näheren Bestimmungen des Arbeitsnachweisreglements — bei der Zuweisung von Arbeitskräften die Dauer der Arbeitslosigkeit beziehungsweise der Parteizugehörigkeit Berücksichtigung findet, daß ferner aus besonderen Anlässen (Krisis auf dem Arbeitsmarkt) — nach näheren Bestimmungen des Arbeitsnachweisreglements — eine Bevorzugung der einheimischen Arbeiter vor den Zugewanderten, der verheirateten vor den unverheirateten stattfindet, daß endlich einheimische Arbeitgeber bei der Zuweisung von Arbeitskräften vor auswärtigen bevorzugt werden.

3. Ist für ein bestimmtes Gewerbe ein allgemeiner das gesamte Gewerbe umfassender Tarifvertrag abgeschlossen worden, so kann durch Beschluß des Kuratoriums bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt. Ob die Voraussetzungen dieses Beschlusses vorliegen, entscheidet der Träger des allgemeinen Arbeitsnachweises (Zentralverein).

4. In die den Arbeitsnachweis betreuenden Arbeitgeber und Arbeiter darf eine Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht gestellt werden. Die Vermittlung hat unparteiisch und ohne jede Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation zu erfolgen. Eine besondere Gebührenerhebung von Personen, welche keiner bestimmten Organisation angehören, ist nicht zulässig.

Wird der Sacharbeitsnachweis durch Zuschüsse von Seiten bestimmter Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit unterhalten, so ist der Träger des allgemeinen Arbeitsnachweises (Zentralverein) verpflichtet, zum Ausgleich für die keiner Organisation angehörenden Personen einen besonderen Zuschuß zu den Kosten zu leisten.

Sach-Arbeitsnachweise, welche die obigen Grundsätze nicht befolgen, können, auch wenn sie paritätisch organisiert sind, als „öffentliche“ und „im ausreichenden Umfange bestehende“ im Sinne des Stellenvermittlungsgesetzes nicht angesehen werden.

So die Absichten des Herrn Dr. Freund. Er begründet das damit, daß die Beschwerden nach der Richtung über die Arbeitsvermittlung sich häufen, man habe es Jahr und Tag mit angesehen, jetzt müsse aber eingegriffen werden.

Eine Konferenz der Berliner Gewerkschaftsvorstände und Arbeitsvermittler beschäftigte sich am Dienstag voriger Woche mit dieser Angelegenheit. Sämtliche Redner wendeten sich energisch gegen diese „Grundsätze“ und wurde am Schluß ausdrücklich erklärt, daß sich Herr Dr. Freund irre, wenn er glaube, daß in diesem Falle die Gewerkschaften nachgeben würden. Sie stehen geschlossen auf dem ablehnenden Standpunkt. Nur damit sei man einverstanden, daß Vertreter der Gewerkschaften an den Beratungen der Kommission, die zum Zweck der Prüfung obiger „Grundsätze“ eingesetzt sei, teilnehmen.

Korrespondenzen.

Bülow (i. Mecklenburg). Am 9. November fand unsere Monatsversammlung statt, die außerordentlich stark besucht war. Der Vorstand hatte es für nötig befunden, den Gauleiter Kollegen D. Hantsche kommen zu lassen, um eine hier schwebende Streitfrage zu schlichten. Durch das tüchtige und energische Eingreifen Hantsches wurde die Sache zu unserer Zufriedenheit geregelt. Kollege S. hielt dann einen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands. Er streifte kurz die drohende Kriegsgefahr. Während seiner weiteren Ausführungen machte der Referent auf die Vorteile einer einheitlichen Organisation innerhalb einer Berufsgruppe aufmerksam, die aber von einigen noch nicht begriffen ist. Mit der Aufforderung, unter allen Umständen dem Steinarbeiter-Verband treu zu bleiben, schloß der Gauleiter sein Placat und leicht verständliches Referat. Das Referat fand lebhaften Beifall.

Erfurt. (Mitgliederversammlung vom 13. November.) Die Gaukonferenz, welche sich mit der Wahl unseres Gauleiters beschäftigte, fand am 8. Dezember in Erfurt in der Forelle, Grafengasse, statt. Als Delegierte wurden die Kollegen Krenkel, Rauf, Beisel und Hopf einstimmig gewählt. Der Distriktsleiter Kollege Reithner gibt das Resultat bekannt über die Verhandlung mit der Firma C. N. Merkel wegen Differenzen. Die Gothaer Kollegen fühlten sich benachteiligt gegenüber Erfurt, doch ergab es sich hintennach, daß in Erfurt auch nicht mehr bezahlt wurde, als wie in der Bezirksversammlung von einigen hiesigen Kollegen erklärt wurde. Die Firma regnet die betreffende Arbeit einfach unter ländliche Arbeiten. Dies muß bei künftigen Tarifabmachungen mehr berücksichtigt werden. — Die Firma Kröbel u. Co. wurde einer Kritik unterworfen betreffs einer Sonderabmachung und es wurde angeregt, daß die Kollegen den Fehler bei passender Gelegenheit wieder gut machen. Es wird Klage geführt, daß am Orte Härter Kalkstein eingeführt und den Kollegen zugunsten wird. Dieser für den sonst üblichen Preis anzufertigen. Das Bundesrecht soll so viel wie möglich beibehalten werden. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß das Plaggesicht wieder in der Forelle Grafengasse, ausgegahlt wird.

Gauzenberg. Der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes ist seiner schwachen Seite zum Opfer gefallen und kam dadurch in eine recht unangenehme Lage. Seit längerem war der Bedauernswerte im Betrieb Kerber Kantinenverwalter und zeichnete sich durch prompte Ausfertigung der Empfangsbekundigungen für Bier, durch den Verschank des Geldes und Entlassung der Gelder aus, und erwarb sich immer mehr das Vertrauen seiner frommen Mitkollegen. Nur der Bierbrauer soll mit seiner Tätigkeit nicht zufrieden gewesen sein und sich gelegentlich des Ausdrucks bedient haben: „Jetzt hörn ma auf, den Tausender macht ma doch net voll.“ Bald darauf wurde der fromme Herr seines Amtes enthoben und ein anderer Mitkollege trat an seine Stelle. Böse Zungen sagen nun, die Unterbilanz soll zirka 400 Mk. betragen. Als unser ehemaliger Kassierer K. zu unserm größten Bedauern über 100 Mk. veruntreute, ließ dieser Mann das ganze Gebiet ab, um überall von der Schlechtigkeit der sogenannten „Noten“ zu erzählen. Jede Gasse und Straße, jede Bierbank mußte herhalten, um seinem Herzen Luft zu machen und die Veruntreuung hinauszupredigen. Man hoffte ja dadurch den verhassten „Noten“ den Garaus zu verlegen, was jedoch vorbeigekommen ist. Daß aber der Herr noch magt, bei seinen christlich gekannten Mitmenschen von „in Schulden geraten“ zu sprechen, übersteigt alles dagewesene und zeigt so recht, wie unter dem christlichen Dämmerlicht mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Herr Vorstand fühlte sich nach wie vor über die roten Lumpen erhoben, bleibt Mitglied des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes und Mitglied des katholischen Arbeitervereins.

Ob der glänzende Firmis noch genügt, all die Ungerechtigkeiten dieses Herrn zu lädieren, wird die Zukunft zeigen.

Heppenheim (Odenwald). Am 26. Oktober fand im Gasthaus zur Vergstraße unsere Vierteljahrsversammlung statt, welche gut besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Betreffs des Lichtbildervortrags hat die Versammlung beschloffen, die Auslagen aus der örtlichen Kasse zu tragen. Den Kollegen wird noch bekanntgegeben, wann der Vortrag stattfindet. Es möchten sich die Kollegen ja recht zahlreich mit ihren Frauen dazu einfinden. Unter Verschiedenes wurde noch eifrig diskutiert. Besonders das Gebahren einiger Unternehmer wurde scharf kritisiert wegen Nichterhaltung des Tarifs. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen, fest und treu zum Verband zu halten.

Kupferdreh (Westfalen). Die am 27. Oktober stattgefundene Versammlung nahm zunächst den Kasbericht vom 3. Quartal entgegen. Die Einnahme betrug 357,28 Mk., die Ausgabe 187,95 Mk., bleibt Bestand 169,33 Mk. Die Revisoren und der Gauleiter bestätigten die Richtigkeit. Bemängelt wurde nur, daß eine Anzahl Kollegen mit den Beiträgen im Rückstand sind. Es wird der bringende Wunsch ausgesprochen, daß bis zum Quartalschluß alles in Ordnung ist. Kollege Herrmann hielt dann ein Referat über die Aufgaben und Ziele der Arbeiterklasse. In leicht faßlicher Weise gab er den Kollegen eine Uebersicht, welche großen Aufgaben in ideeller und kultureller Beziehung der Lösung harren. Eingehend besprach er verschiedene wirtschaftliche Kämpfe der Gegenwart und zeigte an Beispielen, was durch Einigkeit und geschlossenes Handeln erreicht werden könne. Auch der Berufsgefahr und der mangelhaften Durchführung der Bundesratsverordnung gedachte er in längeren Ausführungen. Sein Schlußwort klang dahin aus, möglichst arbeiterfreundliche Blätter sowie das Jahrbuch aufmerksam zu lesen. Nur aus eigener Kraft könne das arbeitende Volk sich ein besseres Dasein erkämpfen. Die Diskussion ergab, daß die Kollegen mit dem Vortrag einverstanden waren; sie zeigte auch

weiter, daß eine Anzahl Kollegen das Jahrbuch auch in seinen Zeitartikeln recht aufmerksam liest. Im Punkt Zahlstellenangelegenheiten wurde noch über die weiter vorzunehmende Agitation gesprochen. — Die Handlungsweise eines Steinmeiers namens P. Herrgerten, welcher früher in der Kunststeinfabrik hier arbeitete, wurde scharf kritisiert. Der Betreffende glaubte sich dadurch bei der Firma lieb und zu machen, daß er die Kollegen, welche frei organisiert sind, denunzierte, sie arbeiteten zu wenig. Eine strengere Kontrolle müßte eingeführt werden um. Erreicht hat der saubere Bürche mit seinen Schwindereien nichts. Sollte er aber in irgendeinem Orte in Deutschland auftauchen, dann seien die Kollegen vor diesem Subjekt gewarnt. Wenn er in einer Zahlstelle seine Aufnahme bewirkt hat, dann ist schleunigst sein Ausschluß zu veranlassen. Das Material kann vom Vorstand der Zahlstelle übermittelt werden. Mit einem Schlußwort des Gauleiters fand die Versammlung ihr Ende.

Leipzig. In einer am 13. November im Volkshaus stattgefundenen Versammlung referierte Kollege Staudinger über Grundsätze der Geologie und Gesteinskunde. Einleitend machte der Redner den Kollegen klar, wie schon in frühesten Zeiten durch einfache mathematische Berechnungen Erdumfang usw. festgestellt wurden. Heute ist es der Wissenschaft natürlich leichter, mit Hilfe der feinsten Instrumente alles genauer beobachten zu können. Redner erklärte in sehr populärer Weise die Entstehung des Erdkerns resp. Kruste. Die Ursprünge in der Formation der Gesteinskunde weisen hauptsächlich auf die verschiedenen Gneise und Granite hin, in welchen auch keine Verfeinerungen zu finden sind. Erst die neuzeitlichen Formationen, entstanden durch Abzüge des Meeres, zeigten uns Verfeinerungen von Pflanzen und Tieren in reichlicher Weise. Durch ca. 150 verschiedene Gesteins- und Erzarten, welche Redner teils in poliertem, fein bearbeitetem, aber auch in rohem Zustande, aus seiner reichhaltigen Sammlung ausgestellt hatte, konnte er den Kollegen ihre Entstehung erläutern. Erwähnenswert ist auch das Auffinden der sogenannten erraticen Steinblöcke, welche oft sehr große Dimensionen haben, so liegt z. B. bei Finsterwalde ein solcher von 320 Kubikmeter. Ihre Entstehung führt die Wissenschaft auf die sogenannte Eiszeit zurück, in welcher sie von Norden aus fortbewegt wurden, dafür spricht die gleichartige Struktur, wie sie nur die vorhandene Gesteinsmasse im Norden aufweist. Redner schildert nun die Entstehung der Gebirge und Täler und zeigt an mehreren Beispielen die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Forschung. Dann legt Redner auseinander, wie in Bunsfelde (Nichtelgebirge) und Reichenbach (Odenwald) die sogenannten Felsenmeere, welche herrliche Naturdenkmäler darstellen, entstanden sind. Es ist gut so, daß die Regierungen die Aufarbeitung dieser Felsenmeere nicht zugeben. — An der Hand eines leicht faßlichen Beispiels wurde ebenfalls gezeigt, auf welche Art und Weise die für den Steinmetzen so unangenehmen „Eisenabern“ im Sandstein entstanden sind. Dann kam die Erläuterung des spezifischen Gewichtes der verschiedenen Gesteinsarten an die Reihe, welches wiederum ausschlaggebend ist, gegenüber der Druckfestigkeit. Bearbeiten lassen sich fast alle Gesteine, nur die Verwendung richtet sich ganz nach der Beschaffenheit, Druckfestigkeit usw. Je nach der Struktur und der vorhandenen Kieselsäure wirken die verschiedenen Arten schädigend auf die Gesundheit des Steinmetzen ein. Die Sandsteine von Sachsen, Schlesien, Oberkirchen enthalten viel Kieselsäure, sie sind besonders gesundheitsschädlich. Die ausgezeichnete Ruhe während des Vortrages und der am Schluß gesendete Beifall zeigten, wie außerordentlich interessant und lehrreich die Ausführungen des Referenten waren.

Um den Kollegen die Materie recht verständlich machen zu können, war ein großer Globus zur Stelle, desgleichen hingen drei geologische Karten aus, welche uns zeigten, daß Deutschland einen ungeheuren Gesteinsreichtum aufweist. Die eine Karte, etwa zwei Meter lang, stammte vom Kollegen Richard Kühn-Köln. Er hatte vor etwa 3 Jahren an der Handelshochschule in Köln die einzelnen Gesteinsarten des Eisgebirges und des Bergischen Landes nach den Angaben des Geologen Dr. Niegels-Berlin „verlesen“ müssen. Nach getaner Arbeit fertigte Kollege Kühn eine dementsprechende Karte, welche geradezu vorzüglich ausgeführt ist, im Maßstab 1:10 an. Die Kollegen sind sich darüber einig, daß der gehaltene Vortrag sehr ausdauernd gewirkt hat.

Die Abrechnung vom Herbst wurde bekanntgegeben, Widerspruch erfolgte nicht, mithin ist anzunehmen, daß die Kollegen damit zufrieden waren. Unter Gewerkschaftlichem Berichtete der Vorsitzende Kollege Rife über eine Versammlung der Bauarbeiter-Schulungskommission. In dieser wurde beklagt, daß vielfach die Maurerpolizei die aus Arbeiterkreisen beauftragten Baukontrolleure nicht auf den Bau lassen. In diesen Fällen sollen auch etwa am Bau beschäftigte Kollegen versuchen, dem Polzer verständlich zu machen, den betreffenden Mann doch zuzulassen, was er doch auch kann, wenn er die behördlichen Vorschriften über Bauarbeiter-Schutz einhält. Weiter wurde der Vorsitzende beauftragt, bei der Organisation der Maurer vorstellig zu werden, daß in Zukunft das Abstoßen von Kunststein durch Maurer unterbleibt. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Kollegen aufmerksam, daß vom 1. November bis 29. Februar die Arbeit laut Tarif 7 Stunden beträgt.

Oppach. Am Sonntag, den 10. November, fand in Wobst Gasthof in Oppach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Rahn über den Zweck und Nutzen der Organisation. Im Sinne des Referenten sprachen auch die Kollegen Bretschneider, Schwarz und Diebal. — Auf Antrag wurde den Kollegen Richard Sarig, König und Fichte, welche seit langer Zeit erkrankt sind, eine Unterstützung von je 20 Mk. bewilligt. Zum Schluß appellierte Kollege Bretschneider an die Anwesenden, sich doch mehr den Organisationsarbeiten zu widmen, damit auch der letzte Mann sich unsern Reihen anschließen. Wir müssen einig zusammenarbeiten, ob Steinmetz oder Schleifer oder Hilfsarbeiter. Wie aus der Präsenzliste ersichtlich, waren 62 Kollegen anwesend.

Mannheim. (Berichtigung.) Es ist nicht richtig, daß ich die Kollegen zum gegenseitigen Wettbewerb aufgefordert habe. Ich habe somit auch keinen Preis ausgesetzt, daß der Gewinner 30 und so viele Flaschen Bier erhalten würde. Es scheint mir zutreffend zu sein, daß gegen meine Person ein Nachseht ausgeübt werden soll. Joseph Morbed.

Anmerkung. Ob diese Zeitschrift Stichhaltiges enthält, können wir momentan nicht kontrollieren. Morbed hat aber eine schriftliche Einladung erhalten, zur letzten Versammlung zu erscheinen. Aber M. bleib dieser fern. Sollte er seine Gründe dazu gehabt haben? —

Mühlhausen i. Th. Am 12. November fand unsere Monatsversammlung statt. Aus dem Kartellbericht, den Kollege Moll gab, ist zu entnehmen, daß die Kartellkonferenz in Sangerhausen tagen wird, daß ein Ueberschuß von 145,92 Mk. am Gewerkschaftsfest gemacht wurde und ein Bestand von 1800 Mk. in der Kartellkasse ist. Ueber die Verunsicherung, Sterblichkeit und Schädlichkeit unseres Berufs sprach der Vorsitzende Kollege Reit. Er kam eingehend auf die Lungenheilkunde zu sprechen; im Anschluß hieran wurde einstimmig eine diesbezügliche Resolution angenommen und die Ortsverwaltung beauftragt, dieselbe der Regierung zu übermitteln. Unser Bezirksleiter, Kollege Moll, wird ebenfalls an der Konferenz teilnehmen. Betreffs der Verschmelzung unserer hiesigen Allgemeinen Gesellenrentenkasse mit der Ortsrentenkasse I sind verschiedene Kollegen nicht zu haben, obwohl die Vorzüge einer großen allgemeinen Rentenkasse dargetan wurden. Es wurden die Kassenvorsteher aufgefordert, an der diesen Monat stattfindenden Generalversammlung sich vollständig zu beteiligen, da in dieser die Verschmelzung noch einmal eingehend erörtert wird. Zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl sprach der Vorsitzende und erwähnte die Kollegen, daß sie am Wahltag unsere vorgeschlagenen acht Kandidaten wählen, damit diese ins Rathaus einziehen können. Unter Verschiedenem wurde von einer Klage gegen die Firma Dreher wegen tarifmäßig zu bezahlender Arbeit Abhand genommen, weil es sich nur um einen kleinen Betrag handelte. Dr. Kollege Staudinger sein Referat in letzter Minute abgab, ist

die Versammlung allgemein der Ansicht, daß unser Redakteur im Maße einmal referieren möchte. Obwohl im Steinarbeiter geschrieben wurde, daß in unserm Gau kein Indifferent mehr heranzuholen sei, wurde dies von verschiedenen Seiten widerlegt und auf die Orte Treffurt, Hegeerde und Mühlhausen bei Eisenach hingewiesen. Es soll nächstes Frühjahr in diesen Orten die Agitation einsetzen, natürlich aber auf Rechnung der Zentrale.

Niederlamitz (Nichtelgebirge). Am Sonntag, den 10. November, fand hier unsere Generalversammlung statt. Dieselbe war von 25 Kollegen besucht, dabei zählt die Zahlstelle 200 Mitglieder. Zum 1. Punkt gab der Hauptkassierer, Wolfgang Plechschmidt, die Abrechnung bekannt. Die Einnahmen im 3. Quartal betragen 2249,45 Mark, die Ausgaben 988,78 Mark; somit bleibt ein Kasstendanz von 1260,67 Mark. Die Revisoren gaben bekannt, daß Kasse und Bücher in guter Ordnung sind, und wurde auf deren Antrag dem Hauptkassierer Entlastung erteilt. Als Ersatzmann für das Schiedsgericht wurde Joh. Schörner (Handschleifer) einstimmig gewählt. Hierauf erstattete Wolfgang Stendel Bericht von der in Schwarzenbach a. d. Saale stattgefundenen Tarifkonferenz. Er besprach in klarer und übersichtlicher Weise alles, über was dortselbst unterhandelt wurde. Als Vorsitzender des Tarifausschusses wurde in Schwarzenbach Kollege Hoffmann aus Selb gewählt. Die drei Urträge, die auf der Tarifkonferenz den Zahlstellen zur Annahme empfohlen worden sind, wurden in der Generalversammlung angenommen. Auf Antrag des Kollegen Jakob Oswald erhalten die Platzkassierer von jetzt ab statt 1 1/2 Prozent 2 Prozent Vergütung. Ferner wurde beschlossen, weitere 500 Mark auf der Sparkasse in Kirchenlamitz zur Verzinsung anzulegen. Unter Punkt Verschiedenes wird es den Platzkassierern zur Pflicht gemacht, Erwerbslosensmarken nur in den alleräußersten Fällen abzugeben, um den Unfug mit denselben nicht weiter einreißen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, daß alle diejenigen, welche mit ihren Beiträgen länger als acht Wochen im Rückstand sind, schriftlich aufgefordert werden, ihren Verpflichtungen gegen die Zahlstelle nachzukommen. Bei dieser Gelegenheit wurde besonders der Steinmetz Rürner von Kirchenlamitz scharf hergenommen. Obwohl derselbe schon verschiedentlich aufgefordert wurde, sein Buch herbeizuschaffen, damit man sehen kann, wie man mit ihm daran ist, so fühlt er sich doch nicht bewegt, dieser Aufforderung nachzukommen. Ein recht seiner Herr scheint auch der Steinschleifer Schöln zu sein. Als er von Seuffen kam, meinte man wunder, was er für ein tüchtiger Kollege ist. Im Laufe der Zeit hat sich aber herausgestellt, daß er sehr wenig Kollegialitätsgefühl zeigt.

Kostob. Am 10. November fand unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Zu dieser Versammlung war auch unser Gauleiter Kollege D. Hantsche-Berlin, erschienen. Beim 1. Punkt der Tagesordnung: Revision unserer örtlichen Unterstützungskasse, wurde auf Antrag eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt, welche der nächsten Versammlung Verbesserungsvorschläge unterbreiten soll. Zum 2. Punkt gab der Vorsitzende verschiedene, im Laufe der letzten Zeit eingegangene Zuschriften bekannt. Zum 3. Punkt hatte der Kollege Hantsche das Referat übernommen. Beim Eintritt zu diesem Punkt betonte der Vorsitzende, daß die Zahlstelle in 20 Jahren ihre Bestehen's das erstemal das Vergessen hat, einen Gauleiter in ihrer Mitte sehen zu können, wogegen in andern Gauen die Zahlstellen in einem Jahre laut Jahresbericht 20 bis 25 mal vom Gauleiter besucht werden. Nachdem der Kollege Hantsche das Wort genommen, verbreitete sich derselbe zunächst über die Entwicklung im 1. Gau. Redner betonte, daß während der kurzen Zeit, wo er die Gauleitung übernommen hat (vor vier Monaten), es ihm gelungen ist, acht neue Zahlstellen mit über 150 Mitgliedern gründen zu können. Weiter wurde vom Referenten noch darauf verwiesen, daß von unsern Kollegen im Gau noch eine große Anzahl in andern Verbänden, besonders im Fabrikarbeiterverband, organisiert sind, welches besonders bei Tarifabschlüssen oft große Schwierigkeiten bereitet. Der Fabrikarbeiterverband hat in Pöschim sämtliche Marmorarbeiter, etwa 60 an der Zahl, organisiert. Das genannte Verband dort nicht zuständig ist, weiß er ganz genau. Weiter verbreitete sich Redner über die Gefahr, welche der organisierten Arbeiterschaft durch das Unternehmertum droht, betreffs Verbot's des Streikpostens. Nach etwa 1 1/2 stündigem musterghilligen Vortrage schloß Hantsche seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß er uns im kommenden Frühjahr über ein besseres Resultat im Gau berichten könne. (Sehr gute Zustimmung.) Nachdem noch diverse Sachen erledigt waren, endete um 12 1/2 Uhr die sehr imposant verlaufene Versammlung.

Kalkbörn. Am 10. November fand im Gasthaus zum Reichsapfel eine Versammlung statt, die leblich besucht war. Referent war Kollege Koffe-Bürgburg. Die Revision nahm Koffe vor und fand die Bücher in bester Ordnung, worauf dem Kollegen Siedinger Entlastung erteilt wurde. Dann wurde das Nichterhalten des Tarifs in Erwähnung gebracht. Besonders ist es die Firma Zeller, die das nicht einhalten will, was der Tarif vorschreibt. Auch ist zu erwähnen, daß in unserer Zahlstelle noch viele Kollegen dem Verbande fernstehen; wir wollen deshalb allen ans Herz legen, doch dem Verbande beizutreten. Denn nur, wenn wir geschlossen dastehen, ist etwas zu erzielen. Also nochmals, Kollegen, schließt euch dem Verbande an!

Baren (Mecklenburg). Am 13. November fand im Gasthof zur Traube eine Mitglieder-Versammlung statt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Kollegen etwas pünktlicher erscheinen möchten. Zum Punkt Quartalsabrechnung verlas unser Kassierer Rodow dieselbe; Kasse und Bücher wurden von den Revisoren in bester Ordnung befunden und wurde hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Kassierer wurde dann Kollege Mitteldorf gewählt. Als Kartellbelegierter wurde Kollege Höder bestimmt. Unter Punkt Verschiedenes gab der Vorsitzende bekannt, daß die Lokalkasse keine Gelder aufzuweisen hätte und es sich doch ohne Geld schlecht arbeiten ließe. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, einen Lokalzuschlag von 20 Pfg. pro Monat zu erheben.

Zwickau. In der Monatsversammlung vom 15. November gab der Vorsitzende zunächst die an den Reichskassierer gerichtete Resolution bezw. Petition der hiesigen Zahlstelle und des Verbandsvorstands bekannt. Der Wunsch wurde hieran geknüpft, daß der nötige Erfolg nicht ausbleiben möge. Eine herbe Kritik wurde geübt, daß die Entscheidungen der letzten Bezirksschiedsgerichtsungen bis dato noch nicht in unsern Händen sind. Das von dem hiesigen Gewerkschaftskartell beschlossene, zu errichtende Bezirkssekretariat für die Arbeiterversicherung wird gutgeheißen und der sich hierdurch nötig machende Aufschlag der Kartellbeiträge von 30 auf 40 Pfg. pro Jahr und Mitglied bewilligt. Das Verhalten eines resisterenden Kollegen wurde gerügt und betont, daß dies in Zukunft besser werden müsse. Nach einer Erklärung des betreffenden Kollegen wurde diese Sache als erledigt betrachtet.

Rundschau.

Beweiserhebung während des schwebenden Verfahrens.

Wie die Statistik zeigt, steigt die Zahl der Rekurse der Berufsgenossenschaften von Jahr zu Jahr. Sie legen schon seit Jahren prozentual mehr Rekurse ein als die Verlegten, was in den abgelaufenen Zahlen nur deshalb nicht zum Ausdruck kommt, weil die Zahl der für die Versicherungsträger ungünstigen Schiedsgerichtsurteile bedeutend kleiner ist als die Zahl der Urteile, die für die Verlegten ungünstig ausfallen. Leider sind die Verlegten es vielfach selbst, die den Berufsgenossenschaften insofern behilflich sind, als sie sich ihnen so lange zu Untersuchungen zur Verfügung stellen, bis die Berufsgenossenschaften die zur Unterstützung des Rekurses erforderlichen Gutachten in den Händen haben. Dazu ist der Verlegte jedoch nicht verpflichtet. Wohl ist er durch das Gesetz daran gebunden, sich den ärztlichen Untersuchungen zu unterziehen, die der Berufsgenossenschaft die Unterlagen zu ihrem Bescheide oder ihrem an das Schiedsgericht zu stellenden Antrag auf anderweite Feststellung der Entschädigung geben sollen, aber darüber hinaus ist er zu nichts verpflichtet. Sobald ein Verfahren beim Schiedsgericht oder dem N. N. anhängig ist, ist die Beweiserhebung Sache dieser Instanzen.

Dies wird insbesondere klar zum Ausdruck gebracht im Bescheid 1221, A. N. 1893, S. 170, worin es heißt, wenn auch ein Interesse der Berufsgenossenschaft anerkannt werden müsse, alle nur irgend möglichen Beweise darüber beizubringen, ob ein erhobener Anspruch auf die Unfallentschädigung begründet sei, so hat die Betätigung dieses Interesses jedenfalls ihre Grenze an der Parteiteilnahme, in der die Berufsgenossenschaft sich im Rekursverfahren befindet und an der gebotenen Rücksicht auf die Gleichberechtigung der Parteien. Einer Partei steht es als solcher nicht zu, zur Entkräftung eines im erstinstanzlichen Verfahren erhobenen Obergutachtens ihrerseits förmlich Beweis zu erheben. Die Berufsgenossenschaft aber, deren Organe hierzu kraft ihrer öffentlichrechtlichen Stellung in der Lage sind, würde bei Zulassung einer solchen Beweishebung eine wesentlich günstigere Stellung in dem schwebenden Rechtsstreit einnehmen als der Gegner. Eine dergestalt bevorzugte Stellung der Berufsgenossenschaft kann aber um so weniger seitens des R. V. A. anerkannt werden, als die Berufsgenossenschaften ohnehin in der Lage sind, sich durch ihre Vertrauensärzte über die etwaige Angreifbarkeit eines gerichtlichen Obergutachtens sowie über die Begründung eines etwaigen Antrages auf weitere gerichtliche Beweishebung gemeinsam in besserer Weise belehren zu lassen, als die ihnen gegenüberstehenden Verletzten beziehungsweise Hinterbliebenen getöteter Arbeiter. Diese Ausführungen treffen sinngemäß auch auf die Stellung der Berufsgenossenschaft im schiedsgerichtlichen Verfahren zu. Andererseits wird die Einholung von Gutachten zur Vorbereitung einer ... anderweitigen Feststellung der Entschädigung davon nicht berührt."

Was hier von ärztlichen Gutachten gesagt wird, gilt auch von der Beibringung anderer Beweise. Nicht zu billigen wäre es, wenn ein Vorstand während bereits schwebenden schiedsgerichtlichen Verfahrens die für dieses vorgeschlagenen oder noch vorzuschlagenden Zeugen vorweg auf Grund des § 144 durch das zuständige Gericht eidlisch vernehmen lassen ... wollte." S. B. III Bd. I § 144, Ann. 10.

Eine Friedhofskunstaussstellung fand in Gelsenkirchen statt. Wie uns berichtet wird, hat sich auf der Ausstellung der Kunstsehr sehr breit gemacht. Das Publikum wollte aber von diesen Surrogat-Denkmalern nicht viel wissen.

Berichte Syndikatspolitik. Unter dieser Überschrift schreibt die "Baumwelt":

Der Verband deutscher Granitwerke in Karlsruhe muß schleunigst auf dem beschrittenen Wege umkehren, will er nicht sein eigenes Grab schaufeln. Der Verband hatte mit den schwebischen Granitlieferanten einen Vertrag abgeschlossen, durch den die deutschen Schleifereien des Verbandes ihr Material um 25 Proz. billiger erhalten, als Einzelkäufer. Vorteilhafte Preisstellung hätte leicht die Baumeister zum erweiterten Verbrauch von polierten Granitplatten für Fassadenverkleidung anregen können. Indessen hat der Verband nach dem Urteil der eigenen Angehörigen so scharfe Preisbedingungen und so hohe Mindestpreise festgesetzt, daß die Abnehmer sich gezwungen sahen, Surrogatartikel, nämlich Kunststeine oder Granitersatzmaterialien, zu verwenden. Einige Verbandsmitglieder, darunter die große (!) Granitfirma Hantusch u. Co. in Sohland (Spre), haben nun durch Mundschreiben ihren Austritt aus dem Verband erklärt und verkaufen Granitfabrikate zu den ihnen angemessenen erscheinenden Preisen.

Wir sind nicht in der Lage, nachprüfen zu können, ob diese Meldung zutrifft. Eins aber wissen wir, daß früher ein Teil der Schleifereibesitzer geradezu eine immense Konkurrenztrieb. Diese ist allerdings mit der Gründung des Verbandes deutscher Granitwerke merklich eingeschränkt worden. Der Austritt von Hantusch aus jenem Verbandsverbande ist allerdings ohne jede Bedeutung. Eins wird sicher sein, wenn unsere Kollegen bei Hantusch einen Tarif einreichen wollen, daß dann wieder auf die "liebe Konkurrenz" verwiesen wird. Wir sind selbstredend gegen Syndikatspreise, aber wie vor einigen Jahren immer wieder die tollkühnsten Submissionsblüten bekannt wurden, da war es sehr an der Zeit, daß über gewisse Arbeiten Grundpreise aufgestellt wurden. — Die Abmachung, die mit den schwebischen Hochleistungslieferanten getroffen wurde, haben wir schon feinerzig moniert.

Vom Submissionswesen. Kürzlich wurden die Steinmetzarbeiten zum Kreisparlaments-Gebäude in Koblenz vergeben. Die Differenzen sind sehr bedeutend zu nennen. Von den Submittenten forderten:

Grün & Bilsinger, A.-G., Mannheim	11 880.— Mk.
Karl Prödel, Kaiserslautern	13 326.80 "
Anton Keller-Mungenast, Köln	14 442.70 "
Christian Hode, Kaiserslautern	15 294.— "
Lorenz Krämer, Oshensfurt	16 445.— "
Arnold & Söhne	16 928.40 "
Deutsche Werksteinbrüche m. b. H., Köln	17 169.— "

Die Differenz zwischen den Angeboten der Firmen Grün & Bilsinger und den Deutschen Werksteinbrüchen ist geradezu horrend zu nennen.

Eine Automobilstraße, welche 3/4 Millionen Mark kostet, soll zwischen Charlottenburg und dem Wannsee gebaut werden. Es ist Aussicht vorhanden, daß dieses Projekt in Wäldern verwirklicht wird.

In Hamburg werden für städtische Neubauten im Jahre 1913 sechs Millionen Mark ausgegeben. Diese Stadt verwendet mit Vorliebe zu Fassaden noch Naturstein.

Steinausschreibungen. Landesbauamt Magdeburg. 3852 Quadratmeter Kleinpflastersteine, 4162 Quadratmeter Koppflastersteine, 2920 laufende Meter Tiefbordsteine und 198 laufende Meter Hochbordsteine zur Unterhaltung der Kreischauffeen des Kreises Jerichow. — Finanzdeputation in Hamburg. Steinmetzarbeiten zum Erweiterungsbau des Straßenzustellgebäudes am Sievekingplatz, erster Bauabschnitt. Bedingungen daselbst gegen 15 Mk. (Für die Lieferung der Unterlagen 15 Mk. zu verlangen, ist einfach unverständlich. Red. d. "Steinarb.") — Stadtbauamt in Wandsee. Lieferung von 1000 Quadratmeter Reihenspflastersteinen 1. Sorte, 32 000 Quadratmeter Reihenspflastersteinen 2. Sorte, 3300 Quadratmeter Kleinpflastersteinen, 100 Kubikmeter Bernburger Mosaiksteinen, 4000 laufende Meter graden Kantsteinen 1. Sorte, 350 laufende Meter Bogenkantsteinen 1. Sorte, 1000 laufende Meter Wasserlaufsteinen für 1913. — Baupolizeiamt Halle a. S. Lieferung der Granitwellen für den Neubau der Fleischverkaufshalle. — Landesbauamt in Aachen-Süd. Kleinpflastersteine aus Basalt 8—10 Zentimeter hoch, und zwar 2000 Quadratmeter frei Bahnhof Wettweiß, 3245 Quadratmeter frei Bahnhof Jülpich, für 1913. — Stadtbauamt Solingen. 3000 Kubikmeter Basaltkleinischlag. — Landesbauamt in Koblenz. 3098 Quadratmeter Basaltkleinischlag für die Provinzialstraße Köln-Mainz.

Sachsens Industrialisierung. Die "Deutsche Industrie-Korrespondenz" macht über die Zunahme der Industrialisierung im Königreich Sachsen sehr interessante Angaben. Danach ist im Königreich Sachsen, das mit den Provinzen Rheinland-Westfalen das industriell am weitesten fortgeschrittene Land Deutschlands ist, besonders in den letzten Jahren wieder eine stark zunehmende Industrialisierung zu verzeichnen. Nach den von den sächsischen Gewerdeinspektionen durchgeführten Arbeiterzählungen hat sich die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe, d. h. die Zahl der Betriebe mit zehn und mehr Arbeitern, und die Zahl der darin beschäftigten Personen seit 1906 wie folgt gesteigert: Es waren vorhanden:

1906	22 952	Betriebe mit 644 084 Arbeitern
1907	24 732	" " 685 377 "
1908	26 217	" " 692 895 "
1909	27 524	" " 697 862 "
1910	28 929	" " 735 925 "
1911	30 632	" " 757 518 "

Demnach sind also in fünf Jahren die Betriebe von 22 952 auf 30 632 angewachsen, was eine Zunahme von 33,5 Prozent bedeutet. Nicht ganz so stark, aber auch sehr beträchtlich ist die Zunahme der

Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen, die von 644 084 auf 757 518 gestiegen ist, was einer prozentualen Zunahme von 17,6 Prozent entspricht.

Ein Gewerkschaftshaus polizeilich geschlossen.

Das Gewerkschaftshaus in Gelsenkirchen, das zwei Jahre lang den freien Gewerkschaften ein gastliches Heim gewesen ist, hat die Polizei geschlossen. Die Gebäulichkeiten hatten vor einigen Jahren die sogenannte bessere Gesellschaft Gelsenkirchens beherbergt und waren dann, als die Sache nicht mehr zog, an die Arbeiterschaft übergegangen. Nun setzte eine mit allen Mitteln betriebene Pezge ein. Diefelben Lokalitäten, an denen früher, als sie die Haupteoee beherbergte, nichts auszufetzen war, mußten nun, obfchon sie konzeffioniert, ein über das andere Mal umgebaut werden. Dazu regnete es Polizeistrafen über Polizeistrafen, bis zu 150 Mk. pro Mandat, bis nun schließlich die gewaltsame Schließung folgte.

Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Gesamtmitgliederzahl der Organisationen, die der General-Kommission der belgischen Gewerkschaften angehören, hatte nach einer soeben veröffentlichten Statistik Ende September d. J. 127 219 erreicht. Ende Dezember 1911 betrug sie erst 77 224. Das bedeutet einen Mitgliederzuwachs von 50 000 Mann oder 64,7 Prozent innerhalb der zehn ersten Monate dieses Jahres. Dieser Zuwachs ist zum geringeren Teile auf den Anstich von Organisationen zurückzuführen, die bis dahin außerhalb des Verbandes der General-Kommission gestanden hatten (wie die Antwerpener Diamantarbeiter, einzelne Lokalorganisationen im Bergbau und im Bergbau usw.), zum größeren Teile aber auf den Fortschritt der bereits früher ange-schlossenen Verbände. Sämtliche Organisationen haben ihre Mitgliederzahl bedeutend vermehrt. Am stärksten war der Mitgliederzuwachs bei den Transport-, Fabrik- und Bauarbeitern. Innerhalb dieser Zeitspanne von 10 Monaten brachten es die Transportarbeiter von 3394 auf 8442, die Fabrikarbeiter von 2997 auf 7100, die Bauarbeiter von 3374 auf 5600, die Handlungsgehilfen von 2000 auf 3800, die Metallarbeiter von 22 614 auf 26 565 zahlende Mitglieder. — Diese erfreulichen Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung, die vorher eine nahezu vierjährige Periode des relativen Stillstandes durchgemacht hatte, sind in erster Linie auf die belebende Wirkung der Zentralisationsbestrebungen zurückzuführen, die besonders im Laufe des letzten Jahres in den wichtigsten Industrien zur Bildung von Nationalverbänden an Stelle der früheren föderierten Lokalvereine geführt haben. Die Wahlrechtsagitation, die seit den Juniwahlen mit erneuter Kraft eingesetzt hat, und die damit zusammenhängende Vorbereitung eines Generalstreiks hat außerdem dazu beigetragen, das Tempo dieses Wachstums der belgischen Gewerkschaften noch zu beschleunigen. Im Transportgewerbe, und zwar speziell bei den Seelenten, kommt als besonderes Moment noch die günstige Nachwirkung der günstig verlaufenen Lohnbewegung des vorigen Jahres hinzu, ähnlich wie in England, wo dieselbe Erscheinung zutage trat. — Zieht man in Betracht, daß die Bergarbeiter des Borinage ebenfalls beschlossen, sich der belgischen Generalkommission anzuschließen, und daß vom 1. Januar 1913 an auch die starken Lokalvereine der Textilarbeiter von Verviers durch Eintritt in ihren Nationalverband der Generalkommission angeschlossen sein werden, so erscheint die vom Sekretär der Kommission am Schluß seiner statistischen Aufstellung ausgesprochene Erwartung nicht unberechtigt, daß die belgische Generalkommission Anfang des nächsten Jahres mindestens 150 000 organisierte Arbeiter vertreten wird, also ungefähr die doppelte Zahl wie im Jahre vorher.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. November 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Berlin, Ins. 78.—. Zwifflingen, B. 4.80. Amberg, B. 3.—. Heiligenstadt, B. 2.50, K. 0.30. Reudsburg, B. 2.—. Bayreuth, B. 92.40. Köln, B. 350.—, M. 7.—. Gelsenkirchen, B. 100.—, E. 7.50, M. 2.—. Großenbach, B. 111.92, K. 14.10. Jannowitz, B. 286.—, K. 8.75. Ruhmannsfelde, B. 4.20, K. 0.30. Roth a. S., B. 35.—. Zittling, B. 104.—, M. 0.40. Wellerode, B. 273.56, E. 6.—, K. 11.—. Schopfloch, B. 220.84, E. 1.—, K. 7.—. Mainz, B. 200.—. Kodenau, B. 252.82, K. 5.70, M. 4.60. Egershausen, E. 0.25. Kitzberg, Div. 0.10. Salzwedel, B. 1.—, E. 0.50. Herzfeld, B. 3.—. Hohensalza, B. 2.40, K. 0.50. Ebingen, B. 7.80. Claußnitz, B. 9.60. Königswalde, B. 28.—, K. 0.50. Frankfurt a. M., B. 300.—. Gerischdorf, B. 33.—, E. 3.—, K. 5.50. Gohmannsdorf, B. 50.—. Wallbörn, B. 17.22, E. 1.—, K. 26.95. Bülow, M. 2.—. Berlin, M. 2.80. Odenheim, K. 0.60. Wesel, B. 3.60, Div. 0.40. Campe, B. 34.20, K. 0.20. Wunfiedel, Ab. 2.80. Unsen, B. 336.—, K. 1.50, M. 6.60. Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Hannover. Vor dem Steinmetz Otto Schultes (Buch-Nr. 11704), geb. am 31. Oktober 1885 in Gotha, wird hiermit als "Vasenzieher" gewarnt. Der Mann hinterläßt überall Schulden. Wir bitten um Angabe seiner Adresse. Die Ortsverwaltung.

Ren-Gunnersdorf. Der Steinarbeiter Heinrich Lindner wird ersucht, seine Adresse einzufinden. Auch die finanziellen Verbindlichkeiten möchte er unverzüglich regeln. Die Ortsverwaltung.

Naasdorf (Schlesien). Die Steinarbeiter H. Mai, R. Mai, R. Grunner und P. Duschek möchten sofort ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Die Betreffenden sollen in Ostrau (Provinz Sachsen) arbeiten. Die Ortsverwaltung.

Striegau. Die Platzkassierer der Zahlstelle Striegau werden ersucht, sich zwecks Abrechnung am 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Sauer pünktlich einzufinden. Es haben selbstredend auch die Kassierer aus den Orten Oberstreit, Jährschau, Kalt-haus und Groß-Rosen zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Witten. Diejenigen Kollegen, die mir die Adresse des Rippers Aug. Feef, geb. am 24. April 1882 in Bärenbach, angeben können, möchte ich bitten, dies sofort zu tun, da ich demselben eine wichtige Sache mitteilen will. R. Friedrich Wittmann, Breite Str. 94.

Wünschelburg. Der Steinmetz Georg Weidner aus Jphoven (Buch-Nr. 12130) möchte seine Adresse an uns gelangen lassen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Dürr-Arnsdorf. Kass.: Th. Riedenzu, Naasdorf b. Köppnig. Göttingen. Vorf.: Heinrich Müller, Lange Geismarkt. 77, II. Liegnitz. Vorf. u. Kass.: Karl Schmidt, Hagstraße 17, III. Löbau-Oppach. Sämtliche Briefe sind an den Kollegen Hans Schwarz, Löbau, Görlitzstraße, zu adressieren.

Briefkasten.

Erbach. Die Redaktion kann in dieser Hinsicht eine Auskunft nicht geben.

Anzeigen

Bezirksleiter gesucht!

Für den Striegauer Bezirk wird ein Bezirksleiter gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt 1600 Mk. Die weitere Staffellung erfolgt nach den Beschlüssen des Münchner Verbandstages. Die Bewerber haben eine schriftliche Arbeit zu liefern über das Thema: Die Tarifverträge in der Steinindustrie. Selbstredend ist, daß die Bewerber in den Verwaltungsarbeiten erfahren sein müssen, desgleichen ist agitatorische Befähigung notwendig. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 1. Dezember. — Reflektanten auf diesen Posten müssen mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied sein und sich des weiteren über Zugehörigkeit zur politischen Organisation ausweisen. Die Bewerbungsschreiben sind zu richten an Karl Daubenthaler, Striegau (Schlesien) Bahnhofstraße (Konsumverein).

Berlin.

Die wegen der Friedenskundgebung verschobene Allgemeine Buch-Kontrolle findet nunmehr am Sonntag, den 24. November, vormittags von 10—12 Uhr, in sämtlichen Zahlstellen Groß-Berlins statt. Zu derselben sind mitzubringen: 1. Mitgliedsbuch bezw. Karte. 2. Ein Zettel mit Namen und Berufsangabe: ob Steinmetz in Granit, Marmor, Sandstein oder Grabstein; ob Hand- oder Maschinen-schleifer, Fräser, Dreher; ob Hilfsarbeiter in Marmor oder Sandstein; genaue Wohnungsangabe: Vorderhaus, Hinterhaus, Seitenflügel, Quergebäude; falls keine eigene Wohnung, Name des Vermieters. 3. Im Falle der Wahlvereinszugehörigkeit das Mitgliedsbuch. 4. Im Falle des Abkommens einer Parteizeitung die letzte Quittung.

Jeder Kollege ist verpflichtet, sich an der Kontrolle zu beteiligen. Kollegen, welche sich derselben entziehen, werden veröffentlicht. Die Adressen werden zur Anlegung einer neuen Postzeitschriftenliste gebraucht. Wer dieselbe nicht angibt, erhält im nächsten Quartal keinen "Steinarbeiter". Kollegen aller Branchen, insbesondere die Platzvertreter, sorgt für vollständige Beteiligung.

Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr Allgemeine Mitglieder-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Karl Siebel über: Die politische Lage. 2. Das Ergebnis der Bücherkontrolle.

Die Kollegen aller Branchen sind zum Besuch dieser Versammlung verpflichtet.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr Hilfsarbeiter-Versammlung der Sektion I (Baubranche) bei Wegner, Seydelstraße 30.

Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zum Abschluß eines Tarifvertrages, und welche Forderungen wollen sie den Unternehmern unterbreiten. Kein Hilfsarbeiter darf fehlen. — Die in anderen Verbänden organisierten Kollegen sind freundlichst eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Die Beleidigung gegen den Vorstand der Zahlstelle Köchtl (Odenwald) nehme ich mit großem Bedauern zurück. Karl Schimpf II.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgebirge) 16
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.



Axo-Patent-Werkzeuge
Meissel — Hämmer — Hobel
Lieferant sämtlicher anderen Werkzeuge.

Robert Schmidt Berlin NW.
Bochumer Strasse 31.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadets, Leder- und Wadflin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Steinmetz-Werkzeuge.
Gelegene Fachleute als

Vertreter
gesucht. Offerten unter L. E. 2880 an Rudolf Mosse, Leipzig.

4 bis 5 tüchtige Plastersteinhämmer werden bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung aufgenommen.

Johann Schmidt, Steinmetzmeister, Böhlmsdorf (Böhmen).

Hans Dengler wo steckst Du? Dein Vater ist gestorben. Es sucht Dich Dein Stiefbruder Fritz Specht, Karolinenhain.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Kirchenlamitz am 9. November der Granitsteinmetz Adam Pfeiffer, 39 Jahre alt, an Lungenemphysem.
Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Standinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ein „juristisches“ Gutachten zum Arbeitwilligenschutz.

Der Verband sächsischer Industrieller hat sich bekanntlich von dem Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher in Dresden ein Gutachten zur Frage des Schutzes der Arbeitwilligen ausarbeiten lassen. Den Wortlaut dieses Gutachtens hatte man bisher der Öffentlichkeit vorenthalten, jetzt ist er aber bekannt geworden und wir dürfen es unsern Lesern nicht vorenthalten. Es lautet:

1. Bei Ausständen werden nicht allein die Bahnhöfe und die Zugänge zu den Fabriken mit Streikposten besetzt, sondern auch die Arbeitwilligen belästigt, von einer johlenden Schar begleitet, angehalten, mitunter vor das Streikbureau geführt, mit und ohne Gewalt, vor allem aber regelmäßig beschimpft, mit Mißhandlung, ja Totschlag bedroht, auch tatsächlich mißhandelt — zum Teil aus dem Hinterhalt — und, wenn auch selten, am Leben gefährdet. Lebensgefährlich ist ferner die Herbeiführung fremder Arbeiter (s. B. infolge gewaltsamen Anhaltens von Automobilen oder infolge von Steinwürfen); heimlich und auf Umwegen muß dies vielfach versucht werden, und es mißlingt trotzdem oft. Auch Betriebsbeamte werden lebensgefährlich bedroht. Die Arbeitwilligen werden beim Verlassen der Fabrik umzingelt, auf der Straße und bis in die Wohnungen verfolgt und dort bedrängt. Auf die Inhaber der benachbarten Wirtschaften und Läden wird eingewirkt, bis sie den Arbeitwilligen den Verkauf von Waren verweigern. Die Verwandten der Arbeitwilligen, die offene Geschäfte besitzen, werden mit Boykott bedroht; auch Hypothekendarlehen sind gefährdet. Die Arbeitwilligen werden gesellschaftlich geächtet und Listen von ihnen veröffentlicht, auch in Wirtschaften ausgehängt; ebenso Listen der Händler, die an sie Waren abgeben. Schrebergärten von Arbeitwilligen werden verwüstet. Die sozialdemokratische Parteipresse unterstützt die Ausständigen. In einzelnen Fällen kommt es zu Straftatumschüssen und zum förmlichen Landfriedensbruch. In andern Fällen werden Maschinen usw. zerstört (s. B. eine Sühform, die 14 Tage Arbeit gestiftet hatte, verwüstet; ein Kran unbrauchbar gemacht und das Leben der Weiterarbeitenden dadurch gefährdet) — Täter nicht ermittelt.

2. Renten, die während eines Ausstands weitergearbeitet haben, werden nach Wiederaufnahme der Arbeit die Werkzeuge weggenommen, die Maschinen verstellt, Drohmittel auf die Maschinen gelegt — unbekannt, von wem; ferner werden sie unter Bruch des gegebenen Versprechens nachträglich von den ausständig gewordenen Gewerkschaftern gemahnt.

3. Außerhalb der Zeit der Ausstände findet arge Belästigung der nichtorganisierten Arbeiter durch Gewerkschaftler statt. Wer keine „reine Waise“ hat, wird in der Arbeit schikaniert, gehänselt, beschimpft, geprügelt, findet Peinwasser in seinem Wassertröpf, wird mit Finanzsperren bedroht, in seiner Wohnung belästigt; hilft das nicht, so wird dem Arbeitgeber mit Streik gedroht, falls er den nichtorganisierten Mann weiter beschäftigt; es wird auch tatsächlich die Sperre über seinen Betrieb verhängt.

4. Trotz Tarifvertrags wird die Arbeit niedergelegt.

5. Wegen Entlassung von Arbeitern, die infolge der Maifeier kranken, wird der Betrieb gesperrt.

6. Die Ergebnisse einer befristeten Firma werden boykottiert.

7. In die gelben Werbervereine werden Spione geschickt.

8. Einem Holzarbeiter, der sich anfänglich am Ausstände beteiligte, dann aber beim Verbandsabgemeldet hatte, wurde vom Streikleiter mitgeteilt, daß er zunächst die Streikunterstützung zurückzahlen müsse; er hatte ahnungslos über ein Darlehen der Darlehensbank Fritz König in Berlin quittiert, das bei Ungehorsam rückzahlbar sein sollte.

9. Von den mitgeteilten Straftaten ist nur ein Teil zur gerichtlichen Aburteilung gelangt. Dann sind auch empfindliche Strafen verhängt worden. Aber vielfach wird berichtet, daß die Betroffenen den Täter nicht kannten, noch öfter, daß sie aus Furcht eine Anzeige ablehnten, endlich, daß mangels Beweises Freispruch eintrat; Zeugen sind schwer zu ermitteln und scheuen sich meist noch mehr als die Betroffenen, gegen die sozialdemokratische Organisation etwas zu bekunden.

Dem Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher wird nachgerühmt, daß er ein guter Jurist sei. Und in der Tat ist von ihm aus seiner Praxis am Oberverwaltungsgericht manches bekannt, was diese Annahme bestätigt. Als Politiker aber — sein Gutachten hat mit dem Rechte gar nichts zu tun — ist er ein ganz gewöhnlicher Stümper, der in dem vorstehenden Gutachten lediglich das in eine zusammenfassende Form gebracht hat, was von den Reichsverbandsjournalisten der Öffentlichkeit übergeben worden ist.

Wahrscheinlich stützt sich Herr Blüher auf das streng geheim gehaltene Material, das die sächsischen Industriellen gesammelt und der Regierung überwiesen haben, zur Begründung ihres Gesuchs um ein Arbeitwilligengesetz. In diesem Falle wäre das Gutachten der Extrakt dieses geheimen Materials. Doch dieses Material, das der Herr Verwaltungsgerichtsrat natürlich als bare Münze hingenommen hat, müssen wir solange als Uebertreibung bezeichnen, als es nicht der Öffentlichkeit übergeben wird, damit es geprüft werden kann. Der Umstand aber, daß das Material so krampfhaft geheim gehalten wird, zeigt schon, daß es vor einer Kritik der Öffentlichkeit nicht standhalten würde. Damit fällt natürlich auch das famose Gutachten des Herrn Oberverwaltungsgerichtsrats Blüher.

Die organisierte Arbeiterschaft bekämpft den Terrorismus in schärfster Form. Das wissen auch die Macher des Verbands sächsischer Industrieller. — Wenn wir beispielsweise auf die Lohnkämpfe, welche in der Steinindustrie geführt wurden, Bezug nehmen, so ist uns nicht ein Fall bekannt, daß unsere Kollegen auch nur einmal terroristisch aufgetreten wären. Und so wird es auch in andern Verbänden sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ultimo, Diskont und Börse. — Günstiger Außenhandel und Schiffsbau in England. — Hochkonjunktur für Reederei und Eisenerzeugung. — Der Jahresbericht der großen A. G.-S.

Der kritische Ultimo termin ist ruhiger überwunden worden, als man das vorher fast allgemein annahm. Befestigend wirkte alsdann weiter auch der vorläufige Bericht auf eine nochmalige Diskontsteigerung in London und Berlin, während allerdings die Bank von Frankreich am 31. Oktober ihre Rate nochmals um 1/2 Prozent herabsetzte. Die offiziellen Bankdiskontsätze in den Hauptplätzen stellen sich demnach gegenwärtig London 5 Proz., Berlin 5 Proz., Wien 5 1/2 Proz., Paris 4 Proz. Paris ist, wie gewöhnlich, auf diesem Wirtschaftsgebiet der billigste Platz der Welt geblieben, da Rußland 5 1/2 Proz., Italien 6 Proz. und Newyork für tägliches Geld 5 bis 5 1/2 Proz. beansprucht. Auffällig ist schon eher die länger dauernde Gleichstellung von Berlin und London, da sonst zwischen der Deutschen Reichsbank und der Bank von England ein Abstand von 1 Proz. und mehr nichts Seltenes ist. Man gewinnt fast den Eindruck, daß die Kräftigung und Sicherung der deutschen Kreditverfassung, nach dem im Ausland weiblich ausgenutzten Erfahrungen des Vorjahres, demonstriert nach außen hin betont werden sollte, solange es halbwegs angängig erscheint.

Das jüngste Auf und Ab an der Börse nochmals eingehender zu verfolgen, lohnt im Augenblick kaum. Es genügt zur Kennzeichnung zu erwähnen, daß die Kurschwankungen zwar in viel engeren, erträglicheren Grenzen sich vollziehen, jedoch noch immer eine gereizte und willenslose Empfindlichkeit verraten. Nach Ausmerzung und Verdrängung der schwächsten Kräfte vollziehen sich die Umsätze zudem in so geringer Gesamtbeträge und in so engem Kreise, daß den Kursbewegungen momentan gar nicht die gleiche Bedeutung wie früher beigemessen werden kann. Schwache Erholungen und matte Mißfälle wechseln im allgemeinen, je nach den politischen Nachrichten, ab.

Als eine starke Friedenskraft wird zweifellos der ununterbrochene Aufstieg der Produktion, den niemand ohne Not einer ersten Gefährdung ausgesetzt sehen möchte. Der englische Außenhandel zeigt überraschende Rekordziffern für den Oktober: gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein Wachstum der Einfuhr (Oktober 1912 1420,5 Millionen Mark) um 208,4 Millionen Mark oder 17,0 Proz., der Ausfuhr (986,7 Millionen Mark) um 95,8 Millionen Mark oder 10,9 Proz., der Durchfuhr (201 Millionen Mark) um 27,4 Millionen Mark oder 15,8 Proz. Die 10 Monate Januar bis Oktober zusammengenommen ergibt sich das laufende Jahr über das Vorjahr: bei der Einfuhr um 9 Proz., bei der Ausfuhr um 7 Proz., bei der Durchfuhr um 7,8 Proz. Ueber den Schiffsbau schreibt man der Times aus Schottland: „Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Schiffsbau an der Clyde seiner Tonnage nach für 1912 noch größer sein wie für das letzte Jahr, das bereits jeden Rekord brach. Bis Ende Oktober liefen auf dem Strome 229 Schiffe mit 520 318 Tons vom Stapel, in Vergleich zu 219 Schiffen und 491 404 Tons in den ersten zehn Monaten des Vorjahres. Es ist so gut wie sicher, daß das Ergebnis des Gesamtjahres noch besser sein wird wie im Vorjahr.“

Die Reedereien erfreuen sich mitunter in Kriegszeiten recht erklecklicher Nebengewinne; aber gegenwärtig dürften solche Extragewinne keineswegs verlockend erscheinen im Verhältnis zu den Gesamtprofiten des normalen ungeführten Geschäftsbetriebes. Von

den großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften ist schon seit längerer Zeit bekannt, daß durchweg mit einer Erhöhung der Dividenden zu rechnen ist. Soweit nicht langfristige Verträge aus früherer Zeit noch fortkäufen, sind die Frachten in den letzten Monaten und Wochen so ziemlich überall erhöht worden, gerade auch im Warenverkehr mit Nordamerika, für das der internationale Transportwettbewerb fast immer am schärfsten bleibt. Vom Auswanderergeschäft wird ebenfalls wiederholt, daß es nur hinter den Rekordziffern von 1907 zurückbleibt. Der eben abgeschlossene Oktober ragt sogar bereits über den Oktober 1907 hinaus. Es wurden nämlich im Oktober Auswanderer befördert:

	1912	1911	1910	1909	1908
über Hamburg	12 958	7 851	8 841	8 769	5 267
über Bremen	17 443	11 557	11 386	11 473	9 109
Zusammen	30 401	19 408	20 227	20 242	14 376

Die Kapitpassagiere und andre beförderte Personen hinzugerechnet, verzeichnet Bremen diesmal 21 462 Personen, gegen 18 799 im Oktober 1911 und 14 327 im Oktober 1910. Die ersten zehn Monate zusammengefaßt, wurden Auswanderer transportiert:

	1912	1911	1910	1909	1908
über Hamburg	107 108	68 909	100 215	90 812	36 048
über Bremen	140 012	96 281	138 358	119 841	53 311
Zusammen	247 120	165 190	238 573	210 653	89 359

Die deutsche Roheisenerzeugung übertraf gleichfalls durch ihre beispiellose ununterbrochene Expansionskraft. Sie belief sich nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Oktober auf 1 589 262 Tonnen, gegen 1 479 264 Tonnen im September 1912 und gegen vollends nur 1 334 941 Tonnen im vorjährigen Oktober. Die Gesamtmenge von Januar bis Oktober stellt sich: 1912 auf 14 448 638 Tonnen, 1911 dagegen immerhin nur auf 12 842 690 Tonnen. Bis 1910 kam noch keine ganze Jahresproduktion diesen jüngsten zehn Monaten gleich. Dabei sind die Roheisenbestände der deutschen Hochofenwerke beständig zurückgegangen: im Laufe des Oktober 1912 von 298 000 auf 245 000 Tonnen, während am 31. Oktober 1911 die Roheisenbestände 551 000 Tonnen betragen hatten; die Werke in ihrer Gesamtheit haben jetzt Vorräte nur noch in einer Höhe der Produktion von etwa 5 1/2 Tagen.

Durch Einzelberichte wird dieses Bild des allgemeinen Aufschwungs noch überholt. Im Mittelpunkt stand während der letzten Tage die Geschäftsübersicht der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft für 1911/12. Der Geschäftsgewinn betrug hier (nur die Fabrikations- und Warengewinne berücksichtigt, die Gewinne bei Beteiligungen und Aktienausgaben jedoch beiseite gelassen) 28 103 174 Mk. gegen 25 151 580 Mk. in 1910/11 und 21 111 174 Mk. in 1909/10. Als Dividende sollen wieder 14 Proz. verteilt werden. Besonders bei den Fabriken der Brunnenstraße, Berlin, waren alle Abteilungen überaus stark beschäftigt; der Umfang der Lieferungen konnte trotz der Neubauten der Kleinmotorenfabrik und der Fabrik für Bahnmateriale nicht mit den Bestellungen gleichen Schritt halten, so daß für die weiteren Neubauten, die ihrer Vollenbung entgegengehen, „sich auf Grund der gegenwärtig vorliegenden Aufträge auf längere Zeit reichliche Arbeit vorhanden“ sei. Im Rabelwerk Oberspreewald sind sämtliche Betriebe wiederum so stark beschäftigt, daß nur durch Einrichtung doppelter und dreifacher Schichten der vermehrte Auftragsbestand erledigt werden konnte. Die Zahl der Angestellten betrug nach dem Bericht 70 162; von diesen entfallen 6551 auf die Fabriken Wien, Riga, Mailand. Nachdem im Vorjahre 30 Millionen Mark 4 1/2prozentiger Schuldverschreibungen begeben wurden, wird jetzt die Ausgabe von nominell 25 Millionen Mark junger Aktien beantragt und mit der weit über die Erwartungen hinausgehenden Steigerung des Absatzes und der vorliegenden Aufträge, mit der fortwährenden Stromversorgung weiter Gebiete und mit den deshalb vorgenommenen und geplanten Fabrikvergrößerungen begründet.

Die überwältigende Mehrheit der Kapitalisten dürfte es unter solchen Umständen selber für einen Frevel halten, ohne Not durch Kriegsbenteuer die Art an die Wurzeln einer solchen unwiderbringlichen Geschäftsblüte zu legen.

Berlin, 17. November 1912.

Max Schippel.

Die Grauwacke im Oberbergischen.

Die Grauwackeindustriellen haben sich vor ungefähr einundeinhalb Jahren zusammengeschlossen, um dadurch bezwecken zu können, die Absatzmöglichkeit ihres Materials zu heben. Die Vereinigung nennt sich „Rheinisch-Westfälischer Steinmarkt“ und sie hat soeben eine Propagandaschrift herausgegeben, welche den Zweck hat, die Güte des Grauwackeplastersteinsmaterials zu schärfen. In der Einleitung wird natürlich das schwebeliche Material scharf bekämpft; das nehmen wir dem Verfasser nicht übel. Aber

In Sofia sitzt im armlischen Stübchen ein Weib am Betttrand. Neben ihm liegt schlafend ein blonder kleiner Knabe. Die junge Mutter kann nicht schlafen. Immer wieder liest sie im Zeitungsblatt den Bericht über die letzte Schlacht. Immer wieder haftet ihr Auge starr an dem einen Worte: vierzigtausend Tote! Vierzigtausend in einer Schlacht! Vierzigtausend an einem Tage! Und er? Von ihm weiß die Zeitung nichts! Ist er heil und gesund, so jung und froh und stark wie einst? Wird er dabei sein, wenn sie einziehen im Siegesrausch in die große türkische Stadt? Wird er heimkehren zu ihr, zu ihrem Knaben? Oder ist alles, alles vorüber? Ist er unter den vierzigtausend? Liegt er verwundet, verkrüppelt in Schmerzen in einem Feldspital? Haben sie seinen Körper in eins der vielen, vielen Massengräber bestattet? Das junge Weib blickt immer wieder stieren Blickes auf das Zeitungsblatt. Aber keine Zeitung bringt ihr Kunde von ihm. Sie wird Wochen, viele, viele Wochen warten müssen, bis sie erfährt, ob er dabei gewesen bei den Vierzigtausend!

Seit Wochen Not im Hause, keine Arbeit, kein Brot! Aber was liegt daran! Wenn nur die Sorge nicht wäre, die schreckliche, häßliche Sorge! Wenn sie nur schlafen könnte! Ja, manchmal schläft sie ein, todmüde. Im Traum sieht sie ihn dann, wie sie noch als Kinder zusammen gespielt, wie er als Jüngling um sie geworben, wie sie zum erstenmal sein geworden in wilder Lust oder wie er an ihrem Bett geknielt, als das Kind gekommen war! Aber dann plötzlich — mitten hinein in die seligen Erinnerungen! — die Schreckensbilder der Schlacht! Vierzigtausend an einem Tage!

In der Stadt herrscht Siegesjubel. Junge Leute ziehen mit Fahnen und Bannons durch die Straßen. „Heil dem Jaren!“ tönt es dumpf brausend herein in die armlische Stube. Aber das junge Weib blickt noch immer auf das zerklüftete Zeitungsblatt. Vierzigtausend an einem Tage!

Es plaudert sich so prächtig bei einem Glase Bier über blutige Schlachten. Leichtfertig reden sie, daß auch das deutsche Meer „marschieren“ könne.

„Marschieren!“ Wie leicht man das sagt! Aber wenn es wahr wird, ist es furchtbar, blutige Wirklichkeit! Dann verbluten auch unsere Söhne einsam, verlassen und vergessen in fremdem Lande! Dann sitzen auch in unsern armlischen Kammern viele, viele junge

Frauen und lesen immer wieder in grauenvoller Sorge das eine schreckliche Wort: „Vierzigtausend gefallen!“

Ein naßkalter Novemberabend. In dichten Scharen ziehen Arbeiter in das Versammlungslokal. Einer ihrer Führer, einst ein Arbeiter wie sie, spricht zu ihnen über die Kriegsgefahr. Sie wissen, was es gilt. Sie protestieren gegen den wahnwichtigen Gebanden, daß wir sterben sollen darum, weil Staatsmänner um ein paar Hafenstädte streiten, deren Namen wir vor drei Tagen noch nicht kannten. Die Versammlung schließt. Hoch fahren die Hände empor und sturmgleich braust das Hoch durch den Raum, das Hoch auf die Partei, die Kühne, die unbestechliche, die auch in dieser Stunde als einzige auf der Nacht steht für des Volkes Wohl. Während die Potentaten die Säbel schärfen, reichen sich über die armlischen Grenzen hinweg die Proletarier aller Länder, Franzosen, Deutsche, Russen, Oesterreicher, Engländer die Hände. Jetzt schläft sich Faust um Faust und aus Millionen Männern ringt sich der Ruf:

Leben wollen wir. Leben und arbeiten für Weib und Kind! Leben und arbeiten für die Zukunft des Volkes! Leben und arbeiten dafür, daß nicht mehr an einem Tage vierzigtausend sterben müssen, damit ein Jar des Siegesjubiläums sich freue! Leben und arbeiten für eine bessere Zukunft der Millionen, die in harter Fron den Herrschenden dienen! Diesen Zielen gilt unser Leben und ihnen allein Vorwärts für das Volk. Vorwärts für die Sozialdemokratie!

Eisenbetonbau.

Auf der zweiten Pariser Weltausstellung im Jahre 1867 hatte der Franzose Montier einige Wasserbehälter aus Zementmörtel mit Eiseneinlagen ausgestellt. Montier wollte für seine Gärtnerei Blumenkübel haben, die haltbarer sein sollten als wie die Gefäße aus Holz. Er machte Versuche, solche Kübel aus einer Verbundmasse von Mörtelmischung und Eiseneinlage herzustellen. Die Franzosen Lambert und Coignet beschäftigten sich zur selben Zeit mit dem gleichen Problem, so daß auch hier der Geschäftsförderer, der den Ansängen nachgeht, das zufällige Nebeneinanderarbeiten verschiedener Erfinder auf dem gleichen Gebiet feststellen kann.

Für das Recht, zu leben!

Nacht ist es. Kein Stern am Himmel, kein Laut in der Weite. Die Luft lauflöse, leere Nacht. Kein lebendes Wesen weit und breit. Nur drillen im Gehörs liegt ein bulgarischer Soldat. Arme und Beine weit von sich gestreckt, wühlenden Schmerz in der vom wüthlichen Wei getrossenen Brust, qualvollen Durst auf den geöffneten Lippen. Todesfurcht in den Augen, vom Fieberhauer geschüttelt — so liegt er da auf dem feuchten, blutgetränkten Gras in kalter Winternacht, wimmernd, einjam, verlassen und vergessen... Vor zwölf Stunden war es. Sie waren vorwärts gegangen im feindlichen Feuer. Kaum ein Bißchen Brot, kaum ein paar Stunden Schlaf seit einer Woche! Aber trotzdem vorwärts, immer vorwärts! Die Geschosse flogen, der Feind zielte gut auf sicherer Deckung, bald da, bald dort stürzte einer von den Kameraden! Aber es muß sein! Keinen Halt! Vorwärts! Da war an ihn die Reihe gekommen! Dort, am Rande des Waldchens, hatte es ihn getroffen. Er hatte noch die Kraft, sich in das Gehörs zu schleppen. Hier war er zusammengebrochen. Nun liegt er hier — zwölf lange, bange Stunden!

Tausende waren seither vorübergekommen, bald langsam vorwärts kriechend im feindlichen Feuer, bald in stürmischen Lauf, das Gewehr in der Hand, vorwärts! Aber keiner von ihnen konnte, keiner durfte sich seiner annehmen! Was gilt der Todwunde im Munde der Schlacht! Jetzt sind sie längst weit, weit weg. Kein Schuß mehr zu hören, kein Feuer zu sehen! Der todtrunkene Mann ist allein.

Ob er wohl noch denken kann? Welche Bilder durch das kranke, fiebernde Gehirn rollen mögen? Denkt er an das junge Weib, das er vor einem Jahre gefreit? An den blonden Knaben, den sie ihm geboren, acht Tage zuvor, ehe er fortgemußt ins Feld? An die alte Mutter, die ihn behütet in den Kindertagen, deren Alter er Glück und Stolz und Stütze war? An die Abschiedsstunde, da er seinen Vuben zum letztenmal geküßt und sich aus den Armen des jungen Weibes und der alten Mutter losgerissen? Denkt er daran, was aus den Seinen jetzt werden wird?

Es dämmert. In zwei Stunden wird die Sonne aufgehen, Blutig rot. Der arme junge bulgarische Soldat wird sie nicht mehr sehen. Er stirbt allein, verlassen und vergessen.

Die Propagandaschrift richtet sich in der Einleitung gegen den Granit schlechthin. Es heißt auf Seite 6: „Granit ist an sich ein sehr teures Pflastermaterial und kann im Preise mit Grauwade nicht konkurrieren.“ Damit wird natürlich auch der deutsche Granit bekämpft, auch wenn es der Verfasser nicht direkt beabsichtigt hat. In einer andern Stelle heißt es: „Granit ist ein nicht so zähes und hartes Gestein wie Grauwade.“ Wir meinen, solche Bemerkungen hätte man ruhig weglassen sollen; denn schließlich verfallen dann auch die deutschen Granitindustriellen gegenüber dem Grauwadematerial bei der eventuellen Abfassung einer Propagandaschrift in denselben Fehler. — Wenn heute ein Kaufmann Geschäfte machen will, dann darf er nicht so unachtsam sein und die Konkurrenz herabschätzen, denn ein altes Sprichwort sagt: Das Gute bricht sich immer Bahn. — Denn die Fehler, die dem schwedischen Granit angehängt werden, werden logischerweise auch dem deutschen Granit anhaften. Die petrographische Zusammensetzung eines Gesteins wechselt doch nicht mit dem Ueberstreifen der Landesgrenze. — Wenn sich die Schrift gegen die Einfuhr schwedischer Pflastersteine wendet, so verstehen wir das vom Unternehmerstandpunkt aus; aber die Herabsetzung des Granits im allgemeinen war ein großer Fehler.

Mit Recht wird in der Schrift geflagt, daß es Stadtverwaltungen gibt, welche den Straßenbauunternehmern gleich die Lieferungen der Pflastersteine mit übergeben. Das halten auch wir für einen Fehler, denn diese Unternehmer haben ein großes Interesse daran, viel Geld zu verdienen, natürlich auf Kosten der Pflastersteinqualität. — Der Schritt der Grauwade-Industriellen zur Propagierung ihres Materials ist an und für sich nur wärmstens zu begrüßen. Die photographischen Abbildungen einiger Steinbrüche sind musterhaft zu nennen. Die Bilder zeigen den Fachmann, daß Grauwade als vorzügliches Pflastersteinmaterial angesprochen werden kann. Die Pflastersteine sind gut gefügt und die Kanten sehr scharf. Letzteres ist beim Pflastersteine eine nicht zu unterschätzende Eigenschaft. — Die oberbergischen Industriellen haben mit ihrer Schrift endlich das getan, was wir im Steinarbeiter schon längst gefordert haben. — Zweifellos ist eine solche Darstellung den städtischen Bauverwaltungen sehr willkommen und es wäre nur zu wünschen, daß auch in der übrigen Steinindustrie ebenso verfahren werden möchte. Als wir im Vorjahre die schwedischen und norwegischen Steinbrüche besichtigten, fiel uns sehr angenehm auf, daß jedes größere Werk so eine Art Propagandaschrift herausgegeben hatte.

Es lag auch im wirtschaftlichen Interesse unserer Kollegen, daß sich die Grauwade-Industrie in den letzten 15 Jahren so gut entwickelt hat. Einige Werke sind technisch sogar recht modern ausgerüstet, besonders hat die Benutzung der Bohrmaschinen, betrieben durch Preßluft, eine starke Verwendung gefunden. Auch große Dremberganlagen sind errichtet worden, um das Gestein leichter zu Tal bringen zu können. In der graphisch sehr gut ausgestatteten Propagandaschrift haben folgende Firmen Abbildungen untergebracht: Summersbøgher Grauwadesteinbrüche, S. Jmgram-Künderot, C. Kind-Rothausen, C. Rohmeier-Summersbøgh, Lambacher Steinwerke Dieringshausen, C. Müller-Remscheid, J. Reeh-Dillenburg, Wuppertaler Steinwerke Veyenburg und C. Zapp-Flaberg. Insgesamt produzieren diese Werke jährlich etwa 540000 Tonnen (gleich 54000 Eisenbahnwaggons) Gesteinsmaterialien, so: Großpflastersteine, Kleinpflaster, Steinschlag, Mauersteine, Pflaster und Splitt. Wir haben es also mit einer sehr bedeutungsvollen Industrie zu tun.

Die Propagandaschrift wird noch mehr an Wert gewinnen, wenn bei einer eventuellen Neuauflage, unsere Kritik berücksichtigt wird. — Was sollen sich denn beispielsweise die Baubehörden denken, wenn ein Kapitel die Ueberschrift trägt: „Rhein-Weiß, Grauwade oder schwedischer [deutscher] Granit?“ Die Bezeichnung „deutscher“ haben wir in edige Klammern gesetzt. Aber die Bauverwaltungen müssen sich doch sagen: Gut, wenn der schwedische Granit nichts taugt, so kann doch der deutsche um keinen Deut besser sein. — Es ist selbstverständlich, daß wir als Arbeiter an die Behörden die Mahnung richten müssen, daß sie in erster Linie den heimischen Gesteinen den Vorzug geben sollen. Diesen Standpunkt haben wir bisher immer in energischer Weise vertreten. Besonders der Thorneer Stadtverwaltung haben wir erst kürzlich Vorhaltungen gemacht, weil sie bei der Ausschreibung von 20000 Quadratmeter Pflastersteinen schwedisches Material vorschrieb. —

Im übrigen täten aber die Grauwade-Industriellen sehr gut, wenn sie bezüglich der Abschließung von Tarifverträgen nicht so sehr den Herrenstandpunkt herausheben würden. Wenn eine Industrie verlangt, daß sie auf die Aufträge des Staats und der Kommunen reflektiert, so muß sie in sozialpolitischer Weise den tariflichen Anforderungen der Steinarbeiter gerecht werden. Der Einfluß auf die Behörden wäre beispielsweise noch viel größer, wenn in der Propagandaschrift niedergelegt werden könnte: so und so viel Tarifverträge sind mit den Arbeitern im Grauwadesteingebiet zum Abschluß gekommen! —

Seid einig!

Die Straßen der Großstadt zeigen heute ein belebteres Bild als sonst. Ueberall sieht man Männer und Frauen den großen Versammlungstotalen zufließen. Die Straßenbahnwagen sind teilweise überfüllt von Leuten, die alle dem gleichen Ziele zustreben; es gilt heute, in den Versammlungen zu demonstrieren gegen die Ausbeutung durch die Besitzenden und zu protestieren gegen den ungeheuren Lebensmittelpreiser der agrarischen Junker und Junkerengenossen.

Zuerst arbeiteten die Empiriker vor, die aus den Bedürfnissen der praktischen Erfahrung zu den frühesten Versuchsarbeiten angeregt wurden. Erst später beschäftigte sich die technische Wissenschaft mit den Dingen.

Deutsche und französische Ingenieure begannen methodisch weiter zu bauen. 1886 veröffentlichte der Regierungsbaumeister Koenen im Zentralblatt für Bauverwaltung eine wissenschaftliche Abhandlung über das Verhalten der auf Biegung beanspruchten Druckkörper aus Eisenbeton. Im nächsten Jahre wurde von Koenen in Gemeinschaft mit C. A. Wagh und Salomon die sogenannte Monier-Broschüre veröffentlicht, den Verfassern dieser Arbeit ist die geschäftliche Einführung des Eisenbetons wesentlich zuzuschreiben. Die Materialprüfungsanstalten machten mit dem neuen Baustoff eingehende Versuche sowie Belastungsproben, und so ist heute die Baumeister mit Eisenbeton in immer größerem Umfange zur Anwendung gekommen.

Unter Eisenbeton versteht man eine Mischung von Beton und Eiseneinlage. Der für diesen Zweck hergestellte Beton wird gemischt aus Zement, Sand, Kies und Wasser. Besondere Sorgfalt muß zunächst auf das richtige Mischungsverhältnis gelegt werden. Hier unterscheiden wir zwei Methoden, die Handmischung und die Maschinenmischung.

Die älteste und einfachste Betonmischung ist die von Hand. Sie wird für kleinere Bauwerke angewendet und erfolgt auf einer sogenannten Mischbühne. Hohl werden zusammengelegt und ruhen auf einer festen Holzunterlage. Zunächst wird der Sand und das Zement in dem vorgeschriebenen Maßverhältnis auf der Mischbühne ausgebreitet und das Gemenge mit Schaufeln trocken durchgemischt, bis eine gleichmäßige Verteilung beider Stoffe und ein gleichmäßiges Aussehen erzielt wird. Alsdann erfolgt die Zuführung von Kies (oder Schotter) in dem vorgeschriebenen Verhältnis. Das ganze Gemenge wird abermals durchgemischt, bis eine gleichmäßige Verteilung aller drei Stoffe eingetreten ist. Nun wird eine Befestigung mit Wasser aus einer Siebkanne oder aus einem Wasserhahn vorgenommen, das ganze Gemenge wird weiter durchgeschaukelt, bis sich die Masse gleich feuchter Gartenerde mit der Hand zusammenballen läßt und eben noch zerfällt.

Die Handmischung ist teuer, erfordert viel Zeit und ist wenig gründlich, sie kann mit Vorteil nur bei kleineren Betonierungen

Mühsam zwänge ich mich durch die im Vorweg sich häuernden Menschenmassen. Der große Saal des Riesenlokals liegt im zweiten Stockwerk. Ich ersteige die Treppen. Doch schon am ersten Treppenaufgang drückt mich ein blasser, hagerer Mann mit schwarzem Rollbart und fanatisch flackernden Augen ein Flugblatt in die Hand. „Protest gegen Volkswanderung und Volksbedrückung“, „direkte Aktion“, „Generalstreik“, „Antiparlamentarismus“ — das sind die Worte, die mir in großen Buchstaben auf dem Zettel entgegenleuchten. . .

Eine Zusammenkunft der Anarchisten. Auch sie protestieren gegen das Unrecht. Doch nur wenige Arbeiter zweigen sich hier von der nach oben strebenden Masse ab. Das Gros der Protestler drängt nach dem großen Saal. Nur ein kleiner Klub gemütsgeriffener oder fanatischer Menschen findet sich hier unten zusammen; auch sie treibt der Hunger und die Ausbeutungspolitik der Besitzenden zum Protest.

Doch die von ihnen vorgeschlagenen Mittel sind verfehlt. Vor allem ist es ihr Antiparlamentarismus, der zum energiegelassensten Protest herausfordert. Das fehlte noch! Den professionierten Volksausbeutern die Mandate der Volksvertretung rest- und kampflös zu überlassen, daß sie dann auf „gesetzliche“ Art und völlig ungehindert das große Abschlagen der allgemeinen Volksinteressen vollziehen könnten. . .

Ich betrete den großen Saal. Eine tausendköpfige Menschenmenge wogt hier hin und her. Die Gesichter glängen von Kampfesmut und Erwartung. Ein stetes Murmeln durchsummt den weiten Raum. Jetzt ertönt das Glockenzeichen und sofort tritt lautlose Stille ein. Der Referent erhält das Wort.

Mit scharfen Worten wendet sich der Redner gegen die heutige Wirtschaftspolitik der Herrschenden. Er zeigt, wie das ganze Streben der Regierung dahin zielt, einer kleinen bevorzugten Clique auf Kosten der Allgemeinheit ungeheure Vorteile zuzuschlagen. Er entwirft ein Bild von der überfüllten Tafel der Reichen, während die Armen zu Tausenden zur Freibant drängen, um ein zwar minderwertiges, aber doch billiges Stück Fleisch zu ergattern. Gegen diese ungerechten Zustände gelte es Sturm zu laufen. Das Volk müsse sich zu einheitlicher fester Organisation mit starker Stoßkraft nach einem Ziele zusammenraffen. Es gelte, in die gesetzgebenden Körperschaften immer mehr einzudringen und immer wieder den persönlichen Willen der breiten Volksmasse in die Bagdiale zu werfen, dann muß der Tag kommen, an dem die Regierung zur Umkehr von ihren einseitigen, dem volkswirtschaftlichen Abgrunde zutretenden Maßnahmen gezwungen wird. Durch die einige Arbeiterorganisationen müsse wahre Demokratie und durch diese allgemeine Volkswohlstand errungen werden. . .

Aufmerksam folgen die Zuhörer den Ausführungen des Redners. Manche im Vortrage enthaltene scharfe Punkte wird mit lebhaftem Beifall unterstrichen. Bei der Abstimmung über die vorgelegte Resolution geht ein allgemeines Rauschen durch den Saal, erzeugt von tausend Händen, die sich in zustimmendem Sinne emporreden. Mit einem tosenden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung findet die Demonstration ihren Abschluß.

Langsam flutet die Menge wieder auf die Straße. Ein dünnes Dämlein vereinigt sich unten mit ihr und wird von dem großen Strom gleichsam verschluckt. Es sind die Anarchisten, deren Versammlung nun auch ihr Ende erreicht hat. . .

Am Ende der Straße festelt meine Aufmerksamkeit ein eigenartiges Bild. Ein junger Mann mit langem Christushaar und schwermütig blickenden Augen hebt ein an der Stange befestigtes Plakat in die Höhe. „Frieden ist nur bei Jesu“, „kommt in unsere soeben beginnende Erbauungsstunde“ — so verkündet das Plakat mit großen Buchstaben. Und vom Hofe her erschallen die gedämpften, feierlichen Klänge eines Harmoniums. Ein Schutzmann flankiert den Plakatträger und würdig gemessenen Schrittes durchschreitet soeben ein Geisteslicher den Vorweg nach hinten, woher die Klänge des Harmoniums ertönen.

Wie fürsorglich und sinnig stützt doch der Staat die Bestrebungen der frommen Leute! Säbel und Lalar flankieren gleichsam als Schutz ihre feierlichen Veranstaltungen. Sie sind ja so harmlos und geeignet, das Volk von der Tages- und Elendsmisere, vom materiellen Abzulinken. Wohlwollend unterstützt man dieses durchgeistigte Sehnen nach dem Jenseits, derweilen im Diesseits die Tische der Reichen unter der Ueberfülle der gebotenen lederen Speisen und Getränke schier zusammenbrechen. . .

Noch nicht genug? Einige Häuser weiter sehe ich über einem Toreingang eine in polnischer und deutscher Sprache abgefaßte Plakatafel hängen. „Gegen die Katalisten“, „für die Freiheit der Polen“ — so lese ich, und Arbeitergestalten, deren typische Gesichter auf den ersten Blick die slavische Abstammung verraten, tauchen am Toreingang auf. Auch hier ist die Versammlung anscheinend beendet. Unterdrückte Polen haben protestiert gegen eine Regierungspolitik, die darauf gerichtet ist, das Polentum mehr und mehr zu vernichten und jahrhundertalte heilige Erbibitionen zu erschaffen. Aber warum protestieren sie gerade in dem Moment, wo es galt, in geschlossener proletarischer Front gegen das nächstliegende, gegen Lebensmittelwucher und Hunger zu protestieren! Hat euch arme Polen nicht der agrarische polnische Großadel, der gleichfalls an der Brot- und Fleischwertenerung interessiert ist, im Schlepptau? Hat er nicht gerade jetzt diese Versammlung abgehalten, um das polnische Proletariat von der großen Forderung des Tages abzulenken und es anstatt mit billigem Fleisch und Brot mit chauvinistischen Phrasen zu füttern?

Arbeiter, erwacht! Und seid endlich einig! Strebt alle dem gleichen Ziele zu! Seht ihr nicht, wie euch eure Feinde zu zersplittern suchen, um eure Stoßkraft gegen den gemeinamen Feind, gegen die Ausbeutung zu hemmen? Es sind nicht

zur Ausführung kommen. Schneller und billiger arbeitet auch hier die Maschine.

Zwei Gruppen von Mischmaschinen sind zu unterscheiden: Charpiermaschinen und fortlaufende Maschinen.

Die Charpiermaschine mischt jeweils immer einen Saß von Beton. Bei den fortlaufenden Maschinen wird die Mischung beständig beschickt und gibt fortlaufend das Gemenge ab. Die Ausbildung dieser Mischmaschinen hat zu konstruktiv sehr verfeinerten Formen geführt.

Die charakteristische Eigenart des Eisenbetons besteht darin, daß durch die Vereinigung von Eisen und Beton das Verbundmaterial besondere Druck- und Zugfestigkeit auszuhalten muß. Um das zu erreichen, wird, bevor die Betonmischung in ihre Form gelangt, die Einlage der Eisentäbe angefertigt und zusammenge stellt. Bei einer Decke aus Eisenbeton werden zuerst die Eisenträger gelegt, bei Balken, Trägern, Verbindungen sind Zugeisen, Trageisen und Tagdrähte vorher zusammenzustellen. Und dann wird die Schalung angebracht. Das sind Holzverkleidungen, die den Zweck haben, den Eisenkonstruktionen ihre äußere Form zu geben.

Nach Einsetzung der Eisenverstärkungen wird die Betonmischung auf die Schalung aufgetragen oder hineingebracht. Es kommt also darauf an, die einzelne Bauforn mit Beton und der Eiseneinlage in den Holzverkleidungen der Verschalung auszufüllen. Dann erhärtet das Material und nach dem sogenannten „Abbinden“, dem gemischten Erstarrungsprozess, erfolgt das Ausschalen, die Abnahme der Holzverkleidung. Zu dieser anscheinend recht einfachen Arbeit dürfen nur geschulte und erprobte Leute verwendet werden. Das Entfernen der Schalung muß stoßweise erfolgen und darf keinerlei Erschütterung der im Erhärten begriffenen Konstruktion mit sich bringen. Die Arbeitsfolge beim Ausschalen ist daher so durchzuführen, daß keine Ueberlastung von Konstruktionsteilen eintreten kann. Nach dem Ausschalen wird der Bau gepußt, erhält seinen Anstrich, seine Säuberung.

Schon diese kurze Beschreibung des Arbeitsverfahrens zeigt, daß wir es im Eisenbeton mit Qualitätsarbeit zu tun haben. Für Tiefbau und Hochbau, für Brücken, Fabrikgebäude, Warenhäuser und Speicheranlagen, Bahnhöfe, überall hat in den letzten Jahren das Eisenbeton als Baumaterial seine erfolgreiche Anwendung gefunden. Zugleich aber wird diese neue Bauweise zurückwirken auf

eure Freunde, die auch mit der anarchischen Phrase beizören, die euren Sinn vom irdischen Unrecht abzulenken und eure Köpfe mit chauvinistischem Vorgefühl vollzustopfen suchen, die euch vom großen, internationalen Heerband der Verfolgten und Enterderten fernhalten, so daß ihr eigene und unfruchtbare Wege wandelt! Dies geschieht ja alles nur zu dem Zwecke, die große Masse nicht stark und einig werden zu lassen! Es sind eure Feinde, die euch dazu verführen, Sonderorganisationen, Konfessioneller, nationaler Art zu gründen, in dem vollen Bewußtsein, euch zu schwächen und eure Stöße gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem erfolglos zu gestalten!

Werdet einig! Streift die von den Besitzenden bei euch genährten falschen Vorurteile ab und strebt alle dem einen großen Ziele zu! Bekämpft das herrschende, ungerechte System! Bekämpft den Kapitalismus! Findet euch bei tiefer Aufgabe als einige, große, kompakte Masse und stellt um der Lösung dieser gewaltigen Aufgabe halber eure kleintlichen Sonderwünsche und belanglosen Sonderbedenken zurück! Bekämpft das große Unrecht!

Seid einig! So rief der sterbende Attinghausen den unterdrückten Schweizer zu. Und sie wurden einig und schüttelten das schwere Joch der Fremdherrschaft ab. Proletarier! Seid einig und auch ihr seid dann unwiderstehlich! Eure Ketten werden fallen und die unumkehrliche Fremdherrschaft des Kapitalismus sinkt zerstückt zu Boden! Strebt nach Einigkeit und werdet durch sie freie Menschen!

Der Erdrutsch in der Kiesgrube.

Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1912.

Die allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften der Steinbrüche, bergungsgenossenschaft schreiben bekanntlich vor, daß mit der Förderung des zu gewinnenden Materials nicht eher begonnen werden darf, bis die übergelagerten Schichten entfernt und die abzubauenen Schichten gänzlich freigelegt sind. Die Steinbrüche oder Grubenbesitzer sind also verpflichtet, an der Arbeitsstelle den Abraum entfernen zu lassen, damit die hier beschäftigten Personen ungefährdet arbeiten können. Gegen diesen Grundsatz hatten die Kiesgrubenbesitzer Wilhelm Starke und Paul Pieper verstoßen, die vom Landgericht Berlin III am 13. Juni 1912 wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung (§§ 222 und 230 St.-G.-B.) zu einer Gefängnisstrafe von je einer Woche verurteilt worden waren. Starke und Pieper besaßen eine Kiesgrube, die zugleich auch abbaumwürdiges Vorkommen von Sand aufwies. Zu oberst war Muttererde gelagert, darunter die Sandfläche und unter dieser der Kies. Hätten die Besitzer sachgemäß gehandelt, so würden sie zunächst die Muttererde entfernt, dann den Sand und zuletzt den Kies abgebaut haben. Statt dieses sicheren horizontalen Verfahrens wandten sie eine allerdings billigere, jedoch gefahrvolle vertikale Methode an: Die Muttererde wurde nur zum kleinen Teile entfernt und dann mit dem gleichzeitigen Abbau von Sand und Kies begonnen. Infolgedessen bildete sich bald eine steil ansteigende, hohe Sandhalde von geringer Festigkeit, die die Arbeiter mit der ständigen Gefahr, verschüttet zu werden, bedrohte. Auch jetzt griffen Starke und Pieper noch nicht zu den dringlich gebotenen Sicherheitsmaßnahmen, obwohl sie, die die Grube schon seit dem Jahre 1902 ausbeuteten, die von der Sandhalde drohende Gefahr kennen mußten. Als am Morgen des 3. Mai 1911 der Besitzer Paul Pieper zur Arbeitsstätte kam, bemerkte er, wie aus einer Stelle der steilen Sandhalde Wasser hervorrieselte. Sofort begriff er die drohende Gefahr und befahl den Arbeitern, mit der Arbeit innezuhalten, weil der Berg herabkommen könnte. Die Leute hörten jedoch nicht auf ihn, sondern fuhrten fort, Kies abzubauen und in Loris zu laden, damit ein Lastkahn noch rechtzeitig abgefertigt werden konnte. Trotz seiner Verfügungsgewalt veräußerte Paul Pieper es leichtsinnigerweise, seinem Bedenke Geltung zu schaffen und ließ die Leute ruhig weiterarbeiten. Einige Stunden später erfolgte die Katastrophe. Die Halde setzte sich in Bewegung und verschüttete den geistig etwas minderwertigen Arbeiter Heinrich, während die andern Arbeiter hatten beiseite springen können. Als der Arbeiter August Pieper den bis zum Hals verschütteten und an die Loris gepreßten Heinrich retten wollte, kam ein neuer Erdrutsch herab und verschüttete die beiden nochmals. Infolge der erlittenen Verletzungen starb Heinrich nach wenigen Augenblicken, während August Pieper am Leben erhalten werden konnte. Die Besitzer Starke und Paul Pieper wurden zur Verantwortung gezogen, weil sie, obwohl sie den gefahr drohenden Charakter der Halde gekannt, die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen unterlassen und somit gegen die Sorgfaltspflicht verstoßen hatten, die ihnen ihr Gewerbe als Grubenbesitzer auferlegte. Mit ihrer Fahrlässigkeit stand der Tod eines Menschen und die Gesundheitsgefährdung eines andern im ursächlichen Zusammenhang. Hiergegen legten die Angeklagten Revision beim Reichsgericht ein, die jedoch auf Antrag des Reichsanwalts als unbegründet verworfen wurde.

Literarisches.

Ronrad Haenisch, Schiller und die Arbeiter, bildet Heft 6 der vom Genossen Grünwald im Verlag von Kaden u. Co. in Dresden herausgegebenen Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Die Arbeit wird zweifellos gern aufgenommen werden. Sie vernachlässigt auch das biographische nicht ganz und bringt wieder, wie alle diese Hefte, eine Fortbildung unterfüllende Literatur-Zusammenstellung. Das Heft von 58 Seiten kostet 40 Pfg. und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen.

Die Arbeiterverhältnisse. Denn der Eisenbetonbau, um das noch einmal zu betonen, ist vor allen Dingen Qualitätsarbeit. Die Vorarbeiten, die Mischung, das Einschalen und Abschalen benötigen zuverlässige Arbeitskräfte, und darin werden auch die Nachteile der Betonbauten charakterisiert. Die Sicherheit der ausgeführten Bauwerke ist gerade hier von der Leistungsfähigkeit der ausführenden Firma abhängig. Während beim reinen Eisenbau die Prüfung der Konstruktion in der Hauptphase schon an Hand der Zeichnung vorgenommen werden kann, ist solches beim Eisenbeton in dem Umfange nicht möglich.

Die Notwendigkeit zur Qualitätsarbeit gibt schlechterdings auf diesem Spezialfach des Baugewerbes auch die Hinderungsgründe ab für die Verwendung ungequalifizierter Arbeitskräfte, und das wird im Zusammenhang mit der Lohnfrage im Gewerkschaftsleben der Bauarbeiter seinen Ausdruck finden. H. Woldt.

Das Vermächtnis.

Nimm meinen Schlägel, Krönel, Winkelisen, Den alten Knüttel nimm, es sei jetzt dein, mein Sohn, Sie waren treu mir stets auf allen meinen Reisen, So vieles könnte ich erzählen dir davon, Zu manchem Bau hab ich manch Stück scharrirt, Gar manchen harten Poffen absoffirt, Gar manchen harten Poffen absoffirt, Mit Bremer Stein war ich sehr eng liert, Die Schrotten flogen mir so um die Ohren rum, Grad so wie du, war ich ein junger Redde, Mit den Kollegen nahm ich spielend aus, Gar manchen Quader hob ich spielend aus dem Drede, Denn die Parole hieß: „Nur feste drauf“, Heut ist es anders, ich muß die Waffen strecken, Nachdem mein Bestes ich gegeben hab, Gib mir die Hand, mein Sohn, den Ehrgeiz wollt ich wecken, Dem festen Willen folge jetzt die Tat, Laß nie die Lambett Bestig von dir ergreifen, Und geh aufs Ganze, so wie ich gemacht, Denn hast du meine alten Handwerksaffen, Dann schönsten Lorbeer dargebracht. J.enny Horn.